:antifaschistische nachrichten

Nr. 9

g 3336 5.5.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de



Worch-Aufmarsch in Leipzig gestoppt

Leipzig, 1. Mai 2005. Über 3000 AntifaschistInnen aus dem gesamten Bundesgebiet gelang es, den von Christian Worch angemeldeten Naziaufmarsch, zu dem ca. 800 Neonazis kamen, um 17.35 noch vor dem Rossplatz auf dem Leipziger Ring zu stoppen. Trotz des massiven Polizeiaufgebotes und Einsatz von Wasserwerfern und Schlagstöcken gegen die antifaschistischen GegendemonstrantInnen, gelang es der Polizei nicht, die Nazidemonstration in Richtung Süden der Stadt zu ermöglichen. Damit sind die Freien Kameradschaften um Christian Worch ein weiteres Mal mit ihrem Versuch gescheitert, auch nur in Richtung Connewitz, einem alternativen Stadtteil Leipzigs, zu marschieren. Das wertet das Leipziger Bündnis gegen den Naziaufmarsch als vollen Erfolg.



Gleichzeitig kritisiert das Bündnis das schikanöse und rechtswidrige Vorgehen der Polizei. Mit Zustimmung des Sächsischen Ministerium des Inneren wurde die gesamte geplante Marschroute der Neonazis zum Kontrollbereich erklärt. Auf dieser Grundlage wurden flächendeckend Personalien von Menschen in der Südvorstadt kontrolliert und über 300 Platzverweise ohne rechtliche Grundlage erteilt. Viele Menschen beschwerten sich, dass ihnen selbst der Zugang zu angemeldeten Kundgebungen in der Innenstadt verwehrt wurde.

Quelle: PM Leipziger Bündnis gegen den Naziaufmarsch, email: antifa@left-action.de www.left-action.de ■

Inhalt:



Aktion im Frankfurter Hauptbahnhof am 27. Januar 2005

ARBEITERFOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

Deutsche Bahn unter Druck – Sie soll Ausstellung über deportierte Kinder zulassen – zunehmende Proteste im Mai und Juni

„Mit der Reichsbahn in den Tod“

Freiburg, Frankfurt a.M., Halle. (14. 4.2005. Bericht in www.german-foreign-policy.com). Mit Veranstaltungen in mehreren deutschen Städten werden die Proteste gegen das Nachfolgeunternehmen der „Deutschen Reichsbahn“ (Deutsche Bahn AG) ausgeweitet. Die Bahn AG weigert sich, Fotos und Briefe von über 11.000 aus Frankreich deportierten Kindern auf den deutschen Publikumsbahnhöfen zu zeigen.

Die Deportierten, darunter 520 deutsche und etwa 100 österreichische Kinder, waren zwischen 1942 und 1944 auf dem Schienennetz der „Reichsbahn“ nach Auschwitz verschleppt und dort ermordet worden. Das Schicksal der Deportierten sowie die Verbannung ihrer Bilder von den deutschen Bahnhöfen wird Gegenstand prominenter Meetings am 4. Mai (in Freiburg), am 8. Mai (in Frankfurt am Main), am 10. Juni (in Halle) und am 17. Juni (erneut in Frankfurt) sein. Die Initiatoren rufen im Mai und Juni zu massiven Protesten auf, „die auch in anderen deutschen Publikumsbahnhöfen an die 11.000 Kinder erinnern werden“.

Auftakt der Veranstaltungsserie war eine Demonstration in Weimar, die am 11.4.2005 vom Theaterplatz zum Hauptbahnhof führte. Dort wurde eine lokale Unterschriftenliste übergeben, die den Bahnvorstand zur Freigabe des Weimarer Bahnareals auffordert, um im Publikumsbereich eine Ausstellung über den letzten Weg der Deportierten zeigen zu können.[1] Über die Weimarer Gleisanlagen der „Reichsbahn“ waren am 19. und 20. August 1944 etwa 51 Deportierte in das KZ Buchenwald geschleust worden. Von ihnen überlebten 35 deutsche und nur 4 französische Häftlinge, heißt es in einer statistischen Übersicht der Pariser Organisation „Fils et Filles des Deportes Juifs de France“ (Söhne und Töchter der jüdischen Deportierten Frankreichs). In jahrelanger Kleinarbeit ist es der Organisation gelungen, den Schienenweg der 11.000 Kinder und weiterer 61.000 erwachsener Häftlinge nachzuzeichnen.[2]

Billiger

Die Ausstellung ist in den vergangenen Jahren durch 18 französische Bahnhöfe gewandert und war zuletzt auf dem Pariser Gare du Nord im Beisein des Präsi-

weiter Seite 3

Knast statt Schule

Gütersloh/Siegen. Es ist noch nicht lange her, da verglich der Baptist Andreas Malessa die evangelikale Hausschulbewegung mit den Hinterhof-Koranschulen islamischer Fundamentalisten.

Im April musste eine Baptistin aus Ostwestfalen sechs Tage in einer Bielefelder Haftanstalt absitzen, weil sie ihr Kind aus „religiösen Gründen" nicht an einem Theaterbesuch teilnehmen ließ und eine verhängte Geldbuße nicht bezahlen wollte. Das Theaterstück, es handelte sich um „König Drosselbart", sei - so die Eltern – ein „Werk des Teufels". Nach Haftentlassung der Mutter erwartet nun auch den Vater eine mehrtägige Haftstrafe. Seit Oktober schicken sieben Familien aus dem Raum Paderborn ihre Kinder nicht mehr in die Grundschule. Sie wollen diese nun – in aller Abgeschiedenheit – zu Hause und per Fernunterricht erziehen. Unterstützt werden sie von christlichen Heimschulwerken wie der „Philadelphia-Schule" in Siegen. Gegen den Siegener Verein um Helmut Stücher, 2002 Leserbriefschreiber in der rechten Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit", überprüft der Generalbundesanwalt in Karlsruhe derzeit eine Anzeige des Paderborner Landrates Manfred Müller. In seinem Brief an die Karlsruher Anwälte wirft Müller den Baptisten vor, „mit ihren zigtausend Kindern das Potential" zu haben, „Deutschland über Nacht in einen totalitären Unrechtsstaat zu verwandeln". So hieße es in einem im Internet veröffentlichten Gedicht u.a.: „Gottes Volk steht zum Kampf bereit". Auf der Internetseite des Siegener Vereins wird auch ein Artikel des Züricher Psychologen Diethelm Raff veröffentlicht, in dem unter der Überschrift „Die Entmachtung der Familie" die Verschwörungstheorie vertreten wird, es gebe eine „Koalition von Marxisten und Großkonzernen" zur Abschaffung der Familie. Im Jahr 2000 hatte Raff auf dem Kongress „Mut zur Ethik" der rechten Psychosekte VPM („Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis") referiert, die in der Vergangenheit u.a. mit rechtslastigen Parolen zur Drogen- und AIDS-Politik auf Seelenfang ging. *hma* ■

Ex-General in der „DNZ"

Buxtehude. Der 1996 nach öffentlicher Kritik u.a. am Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in Sachen „Soldaten sind Mörder" in den einstweiligen Ruhestand versetzte Generalmajor der Bundeswehr, Gerd Schultze-Rhonhof, hat der „Deutschen National-Zeitung" des DVU-Chefs Gerhard Frey ein Interview gegeben. Dort nimmt er u.a. Stellung zu seinem in dritter Auflage erschienenen Buch „1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte", in dem er die Schuld Nazi-Deutschlands am 2.Weltkrieg relativiert. Bereits nach einem kürzlich in der „Jungen Freiheit" geführten Interview mit dem Ex-General hatten dessen Thesen heftige Kritik hervorgerufen. Die Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Cornelia Sonntag-Wolgast, warf Schultze-Rhonhof „übelste Geschichtsverfälschung" vor. Selbst Brandenburgs CDU-Innenminister Jörg Schonbohm betrachtete die Äußerungen des früheren Generals als „nicht akzeptabel". *hma* ■

Erneuter Prozess

Ilmenau. Dr. Paul Latussek, bis 2001 Vizepräsident des „Bund der Vertriebenen" (BdV), muss erneut vor Gericht. Ein im April vergangenen Jahres vom Erfurter Landgericht ausgesprochener Freispruch vom Vorwurf der „Volksverhetzung" wurde vom Bundesgerichtshof im Dezember wieder aufgehoben. Latussek wird beschuldigt, 2001 in einem Rechenschaftsbericht für den BdV die Ermordung von Jüdinnen und Juden verharmlost zu haben. Aktuell findet man den Ex-BdV-Bundesfunktionär als Unterzeichner eines Aufrufes des um die „Junge Freiheit" angesiedelten „Instituts für Staatspolitik" unter dem Titel „8. Mai 1945 – Gegen das Vergessen – 8. Mai 2005". *hma* ■

Europaweites Neonazi-treffen am 11.6. in Jena

Jena. Am 11. Juni 2005 wollen Neonazis aus ganz Europa auf dem Jenaer Marktplatz ein „Fest der Völker" zelebrieren. Erwartet werden mehrere tausend TeilnehmerInnen. Ein Blick auf die geplanten Redner und Bands zeigt deutlich, dass es sich um ein Konzert zur Unterstützung des internationales Neonazi-Musiknetzwerkes „Blood and Honour" handelt, dessen neun Sektionen der „Division Deutschland" zwar im Jahr 2000 behördlich verboten wurden, aber weiterhin aktiv sind.

Das Motto „Fest der Völker", das einem Propagandastreifen von Hitlers Lieblingsregisseurin Leni Riefenstahl über die Olympischen Spiele 1936 in Berlin entlehnt zu sein scheint, kann nur schlecht über die wahren Ziele hinwegtäuschen. Zwar behaupten die Veranstalter in ihrem Aufruf „Wir Nationalisten sind keine Ausländerfeinde (?), wir achten jede Kultur und jeden Menschen", aber schränken zugleich selbst ein: „Jedoch sind wir der Meinung, dass jeder Mensch und jede Kultur ihren angestammten Platz in dieser Welt hat, dieser muss auch von jedem respektiert werden." Das ist rassistisch und heißt nichts anderes als „Dänemark den Dänen!", „Schweden den Schweden!" und „Deutschland den Deutschen!" und letztendlich „Ausländer raus!". Noch deutlicher wird der Charakter des völkischen Festes bei einem Blick auf Veranstalter und Teilnehmer. Organisiert wird die Kundgebung vom sogenannten „Nationalen Widerstand Jena" (NWJ), einer Freien Kameradschaft innerhalb des militanten Neonazi-Netzwerkes „Thüringer Heimatschutz" (THS), und dem Jenaer NPD-Kreisvorsitzenden Ralf Wohlleben. Geplant ist der Auftritt von acht Rednern, darunter der mehrfach wegen Volksverhetzung, Gewaltverherrlichung sowie Herstellung und Verbreitung von NS-Propagandamaterial verurteilte Bundesgeschäftsführer der NPD und Landesvorsitzende der NPD Thüringen Frank Schwerdt, des weiteren der wegen Anstiftung zur Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion auf ein türkisches Restaurant in Eisenach ebenfalls vorbestrafte junge Neonazikader Patrick Wieschke sowie „freie Nationalisten" aus Großbritannien, Dänemark, Schweden, Italien, Ungarn und Rumänien, die nahezu alle in dem in Deutschland verbotenen rechtsextremen Musik-Netzwerk „Blood and Honour" aktiv sind. Für das Rahmenprogramm sollen neun RechtsRock-Bands aus Deutschland und mehreren europäischen Ländern sorgen, die sich insbesondere durch nationalistische, rassistische, antisemitische und den Nationalsozialismus verherrlichende Texte auszeichnen.

Die italienische Gruppe „Block 11" beispielsweise benannte sich nach dem „Todesblock" im Konzentrationslager Auschwitz. Einige Mitglieder der anderen Bands sind einschlägig vorbestraft, wie der damalige Sänger der niederländischen Band „Brigade M", der wegen der Schändung eines jüdischen Friedhofs in Den Haag im November 1999 verurteilt wurde.

Erwartet werden mehrere tausend Neonazis aus ganz Europa. Dass dies nicht zu hoch gegriffen ist, zeigt der Verweis auf ähnliche Aktionen im vorigen Jahr in Ungarn mit 9000 oder die jüngsten Konzerte und Demonstrationen in Dresden und Mücka (Ostsachsen) mit ca. 5000 TeilnehmerInnen. Ein Konzert von Michael „Lunikoff" Regener und weiteren Bands im Schützenhaus der nur 35 km südlich von Jena gelegenen Kleinstadt Pößneck, das dem bekannten Rechtsextremisten Jürgen Rieger gehört, besuchten am 2.4. zwischen 1000 und 2000 Neonazis. Letzteres wurde jedoch kaum beworben, wohingegen für das Jenaer „Fest der Völker" auf zahlreichen rechtsextremen Internetseiten und -Foren in ganz Europa Werbung geschaltet wird.

denten der französischen Staatsbahnen (SNCF) eröffnet worden. Eine Übernahme lehnte der Vorstandsvorsitzende der Bahn AG, Hartmut Mehdorn, im Januar 2005 ausdrücklich ab; dafür habe die Bahn AG kein Geld. Auch sei der erforderliche Aufwand nicht zumutbar. Billiger wäre es, die Bilder der Kinder in einem Nürnberger Bahnmuseum unterzubringen, heißt es in mehreren Schreiben, die der Redaktion german-foreign-policy vorliegen.[3] Gegen den Versuch, die Fotos und Dokumente der ermordeten Kinder aus den deutschen Publikumsbahnhöfen zu verbannen, protestierten am 27. Januar, dem Auschwitz-Gedenktag, Demonstranten in Dresden, Leipzig, Hamburg, Wuppertal und Frankfurt am Main.[4] Über die Gleisanlagen dieser Städte waren Häftlinge aus zahlreichen Nationen in den Tod geschickt worden.



Die Organisation Fils et Filles des Déportés Juifs de France (FFDJF/ Söhne und Töchter der jüdischen Deportierten Frankreichs) zeigte ihre Gedächtnisausstellung auf insgesamt 18 französischen Personenbahnhöfen.

Marion

In Halle und Freiburg ist es den lokalen Initiativen gelungen, das Schicksal einzelner Kinder und ihrer Familien zu rekonstruieren. In Freiburg, wo am 4. Mai eine Gedenkveranstaltung stattfinden wird („Mit der Reichsbahn in den Tod"), soll an Marion Abraham erinnert werden. Nach ihrer Flucht aus Deutschland wurde die 17-Jährige in Frankreich verhaftet und 1942 auf dem Schienenweg nach Auschwitz deportiert. Weder sie noch ihre 14 Familienmitglieder kehrten zurück. Zu dem Freiburger Meeting rufen u.a. mehrere Gewerkschaften (DGB, GEW), das iz3W (Informationszentrum Dritte Welt), die Humanistische Union sowie die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN /BdA) auf.

Walter

Die Initiatoren in Halle (darunter die Gewerkschaft IG Metall) widmen ihre Arbeit Walter Wartenberg, einem 14-jährigen deutschen Jungen, der aus dem französischen Exil von Drancy (bei Paris) mit der „Deutschen Reichsbahn" nach Auschwitz kam. Bevor Walter dort den Tod fand, sah er ein letztes Mal seine Heimatstadt – aus den Luftschlitzen der Viehwaggons, die über das Schienennetz von Halle weiter nach Leipzig und Dresden fuhren. Einzelheiten versucht die Hallenser Initiative durch Archivrecherchen zu belegen. Ein Suchaufruf erschien am vergangenen Montag in der „Mitteldeutschen Zeitung".[5] Um Walter Wartenberg und aller anderen Kinder zu gedenken, lädt die Hallenser Initiative zu einer Veranstaltung am 10. Juni ein. Gast wird Beate Klarsfeld sein, die „Fils et Filles des Deportes Juifs de France" (FFDJF) vertritt.

Bundesweit

Für den 17. Juni rufen die Initiatoren des „Offenen Briefes" an die Deutsche Bahn AG[6] zu einem zentralen Meeting in Frankfurt am Main auf. Unter den Deportierten waren etwa 60 Kinder, die aus ihrer Heimatstadt Frankfurt zwar nach Frankreich fliehen konnten, aber kurz darauf von den vorrückenden deutschen Truppen eingeholt wurden. Bevor sie das Schicksal der 11.000 teilten, führte ihr letzter Weg über die Gleisanlagen der hessischen Metropole, in der sich heute zahlreiche Verwaltungsstrukturen der Bahn AG befinden. Wie die Initiatoren der zentralen Veranstaltung mitteilen, hoffen sie für die Veranstaltung am 17. Juni auf Unterstützung aus der Bahngewerkschaft „Transnet", aber laden ebenso Einzelpersonen, christliche Organisationen sowie antifaschistische Initiativen zu den Protesten ein. „Die bundesweiten Veranstaltungen und das praktische Gedenken auch kleiner Gruppen werden dem Unternehmensvorstand der Deutschen Bahn AG verdeutlichen, dass er die Erinnerung an die 11.000 Kinder und an die Verbrechen des Vorgängerunternehmens von den Reisenden nicht fernhalten kann – weder in Frankfurt, noch in Hamburg, München oder Leipzig", heißt es in einer Stellungnahme gegenüber der Redaktion german-foreign-policy.

Kontakt Freiburg und Frankfurt a.M.: elftausendkinder@web.de.
Kontakt Halle: homepage@ludwigstrasse37.de ■

1 s. dazu Aufwand nicht zumutbar
2 Serge Klarsfeld: Le Memorial des enfants juifs deportes de France, Paris 2004
3 Schreiben vom 17.12.2004, vom 4.3.2005 u.a.
4 s. dazu die Sonderseite
5 Klarsfeld-Ausstellung nach Halle? Juden ermordet; Mitteldeutsche Zeitung 11.04.2005
6 s. dazu Offener Brief www.german- foreign-policy.com

Derzeit werden in Jena und Thüringen verschiedene Aktionen vorbereitet, um das Neonazi-Fest am 11. Juni auf dem Jenaer Marktplatz oder an einem Ausweichort zu verhindern. Laut Presseberichten prüft die Stadt derzeit, ob es juristische Möglichkeiten gibt, die NPD-Veranstaltung zu verbieten. was angesichts des Hintergrundes der Veranstaltung eigentlich keine Frage sein dürfte. Der „Runde Tisch für Demokratie" hat bereits eine Reihe von Gegendemonstrationen angemeldet.

Im Zeitraum vom 10. bis 12. Juni werden darüber hinaus mehrere Veranstaltungen und unterschiedlichste Aktionen stattfinden. Mehr Infos dazu werden auf den Vorbereitungstreffen, zeitnah zum 11. Juni per Flyer etc. und natürlich auf den websites bzw. beim Infotelefon zur Verfügung gestellt.

Ausführlichere Informationen zu den Veranstaltern, Rednern, Bands, sonstigen Aktiven, Unterstützern, zu rechtsextremistischen Aktivitäten in der Region insgesamt sowie den antifaschistischen Gegenaktionen findet ihr auf folgenden websites:
http://www.nazis-stoppen.tk
http://www.voelkerball.tk
http://www.jg-stadtmitte.de/ ■

Polizei verhindert Konzert rechter Bands

WEIMAR. Massive Polizeipräsenz hat am Sonnabend ein nicht genehmigtes Skinhead-Konzert in Weimar verhindert. Nach Polizeiangaben wurden rund 40 Anhänger der Neonaziszene gestoppt und zurückgeschickt. Die Veranstalter sagten das Konzert wegen des massiven Polizeiaufgebotes ab. Auch ein am Abend in Pößneck geplantes Konzert rechter Bands fand laut Polizei nicht statt. Anfang des Monats war die Thüringer Polizei in die Kritik geraten, weil sie bei einem Neonazi-Konzert in Pößneck zu wenig Beamte vor Ort hatte, um es aufzulösen. Innenminister Gasser hatte danach Fehler der Polizei eingeräumt.

http://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/1926275.html ■

Holocaut-Leugner Ernst Zündel hat zahlreiche Unterstützer

Dieser Artikel in AN 7-2005 wurde beim IDGR am 23. März 2005 erstveröffentlicht, siehe: http://www.idgr.de/news/2005/n050323-a.php.
Für die unkorrekte Quellenangabe bitten wir IGDR und den Autor um Entschuldigung.

Die Redaktion

Vierhundert Burschen und ein Ministerpräsident

HAMBURG. Am vergangenen Freitag entlockten hunderte „Waffenbrüder" – viele davon in „Vollwichs" mit Paradedegen, ein massives Polizeiaufgebot, drei Wasserwerfer sowie 30 Demonstranten auf der Moorweide den vorbeieilenden Passanten ein verwundertes: „Was ist denn hier los?". Der Grund für das ungewöhnliche Aufgebot war eine Veranstaltung zu 750 Jahre Kaliningrad mit Vertretern der „Landsmannschaft Ostpreußen", der „Deutschen Burschenschaft" und des „Coburger Convents" im Hause der Provinzialloge Niedersachsen. Als Veranstalter firmierte der „Hamburger Waffenring", eine 1951 gegründete Vereinigung aller schlagenden Verbindungen in der Hansestadt. Nach Angaben des Organisators, dem Pressesprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Bernhard Knapstein, nahmen an dem politisch motivierten Saufgelage 480 Burschen und alte Herren teil. Hauptattraktion war Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm, der angesichts des öffentlichen Aufsehens um seine Person sichtlich schlecht gelaunt und mit einer halben Stunde Verspätung zu seiner Festrede aufkreutzte.



Zur Einladung des CDU-Politikers befragt, äußerte sich der Organistionsleiter Knapstein: „Herr Schönbohm hat wiederholt in Wort und Tat gezeigt, dass ihm das Schicksal der Vertriebenen und das Kulturerbe des historischen deutschen Ostens ein wichtiges Anliegen ist". Und auf die Frage wartender Journalisten am Eingang, warum Schönbohm eine rechte Veranstaltung aufwerte, entwich dem stellvertretenden Ministerpräsidenten dann nur noch „kein Kommentar" – im Saal war die Presse ohnehin nicht zugelassen.

Um auf den gefährlichen Brückenschlag von CDU zum Rechten Narrensaum aufmerksam zu machen, riefen der AStA der Uni Hamburg und das antifaschistische Bündnis Hamburg zu Protesten auf. Im Aufruf heißst es: „Für uns als AntifaschistInnen ist es nicht hinnehmbar, dass staatliche Repräsentanten wie Schönbohm sich mit rechten Burschenschaftlern und einer Vertriebenenzeitung zusammen tun, um Königsberg, das Symbol großdeutscher Gebietsansprüche, zu feiern."

Dabei bestätigte der Hamburger Senat gerade erst wieder auf Anfrage der SPD-Abgeordneten Luise Fiedler (Drucksache 18/2108 vom 22.4.05), dass „in den vergangenen Jahren Plakate und Flugblätter von einzelnen Rechtsextremisten und studentischen Verbindungen, in denen Rechtsextremisten mitwirken, verbreitet worden" seien. Allerdings vermied die Innenbehörde bewusst „Ross und Reiter" zu benennen, obgleich es wiederum keine zwei Monate her ist, als auf dem Portal des Landesamtes für Verfassungsschutz eine Meldung zu finden war, wonach ein Mitglied der Burschenschaft Germania im Zusammenhang mit Aktivitäten aus dem Kameradschaftsspektrum und der Herstellung der so genannten „Schulhof-CD" erwähnt wird.

Wer allerdings weniger an den gesellschaftlichen Seismografen, sondern am Thema interessiert ist und Fakten und Informationen über die Umtriebe der Hamburger Verbindungen der letzten 10 Jahre sucht, ist ohnehin mit der vom AStA herausgegebenen Broschüre „Falsch Verbunden" besser bedient.

Am 8. Mai übrigens, ist das schwarzbraune Klientel schon wieder da – dann veranstaltet die Bildungseinrichtung der Ostpreußischen Landsmannschaft, die „Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft e.V." aus Anlass des „60. Jahrestages der Kapitulation der deutschen Wehrmacht" sogar eine ganztägige Vortragsveranstaltung im Logenhaus. Wer dort dem Ex-Brigadegeneral Uhle-Wettler oder dem ständigen Kolumnisten der ‚Jungen Freiheit', Günther Zehm lauschen will und den Hamburger Aufruf der SWG zur Beendigung der„überzogenen und unangemessenen Bußkultur" unterzeichnen möchte, landet am anderen Ende der Telefonleitung wieder beim bereits bekannten Bernhard Knapstein.

Am 22. April protestierten an der Rückfront des Veranstaltungssaals derweil 200 Menschen. Ursprünglich war die Kundgebung vom AStA zusammen mit dem Antifaschistischen Bündnis Hamburg an der Moorweide angemeldet und von der Versammlungsbehörde bestätigt worden. Dann zauberte die Innenbehörde eine „neue Lageeinschätzung" und 200 gewaltbereite Teilnehmer aus dem Hut, und die Kundgebung wurde um 500 Meter weg vom Platz der Jüdischen Deportierten zur Moorweide verlegt. Zusätzlich zur massiven einschließenden Begleitung mehrerer Hundertschaften, darunter Spezialeinheiten und Greiftrupps sowie drei Wasserwerfer, wurde der Kundgebungsplatz mit Absperrgittern eingezäunt. Unzumutbar befanden die Veranstalter und sagten die Kundgebung ab.

Daraufhin zeigte der AStA der Unileitung eine Kundgebung auf dem Campus an, die unmittelbar auf der Rückseite des Logenhauses, keine 50 Meter von der Fensterfront entfernt mit Lautsprecherwagen dann auch stattfand. Auf diese Weise erreichten die Redebeiträge, die sowjetische Nationalhymne und Parolen der etwa 200 Teilnehmer wie „Lieber ein Geschwür am After, als ein deutscher Burschenschaftler" Schönbohm und die Verbindungsstudenten unmittelbar.

Der Protest hatte so den Lacher auf seiner Seite, auch wenn es wenig lustig ist, dass das Versammlungsrecht mit lancierten und völlig abwegigen Szenarien von der Innenbehörde faktisch außer Kraft gesetzt wird. Die Lageeinschätzung der Polizei ist „Gesetz", sogar, wenn sie sich im Nachhinein als unzutreffend herausstellt. Eine Feststellungs- →

Verehrung für Kriegsverbrecher – Stoiber und Struck sind dabei

Gedenken für die Täter und die Opfer zu Pfingsten in Mittenwald

Der Kanzler spricht in Gedenkstätten, legt Kränze in der Normandie zum D-Day nieder und ehrt in der polnischen Hauptstadt die Opfer der Aufstände gegen die Nazis im Ghetto und in Warschau. In Auschwitz sah man gar den Bundespräsidenten die Opfer ehren. Seit Juni 2004 sind wir im Dauergedenken – und das soll noch bis zum 8. Mai 2005, dem 60. Jahrestag „des Kriegsendes“, wie es heißt, anhalten. An diesem Tag soll das Brandenburger Tor von Nazis freigehalten werden – wegen des Auslands.

Alle anderen Tore und Plätze des Landes stehen somit den Nazis zur Verfügung? Ja, und nicht nur den jungen, auch den alten. So ehren der Verteidigungsminister und der bayerische Ministerpräsident seit Jahrzehnten die Helden der Gebirgstruppe, die sich am Hohen Brendten bei Mittenwald ein Denkmal für ihre Toten errichtet haben, darunter viele Kriegsverbrecher. Dr. Edmund Stoiber gehört gar als Chef der Landesregierung zu den prominentesten Mitgliedern des Kameradenkreises der Gebirgstruppe, in dem sich Veteranen der Wehrmacht und SS, die Reservisten und Aktiven der Bundeswehr als „Soldaten unterm Edelweiß“ vereint haben.

Da nun aber seit drei Jahren des Treffen der Edelweißkrieger unter Kritik steht, sahen sie sich zur Rechtfertigung ihres Tuns veranlasst. Der Vorstand des Kameradenkreises der Gebirgstruppe ließ rechtzeitig zu diesem Pfingsttreffen mitteilen, die grauenvollen Untaten – so das Massaker der Gebirgsjäger von Kommeno – seien nach der Haager Landkriegsordnung legal gewesen. Im Falle Kommeno deshalb, weil der Gebirgstruppen-Oberstleutnant Josef Salminger, Vater des heutigen Mittenwalder Bürgermeisters, von Partisanen aus Kommeno ermordet worden sei.

Doch Salminger sen. starb erst rund sechs Wochen nach dem 16. August 1943, dem Tag des Massakers von Kommeno. Zu diesem Massaker hat Salminger offenbar ebenso beigetragen wie zum Massenmord an 6000 unbewaffneten italienischen Kriegsgefangenen auf der Insel Kephalonia (13.9.43), wie zum Orden in Lemberg (4.9.39 und 30.6.41) und zu anderen Kriegesverbrechen. Bei dem von Salminger als Oberstleutnant wie auch von dem späteren Bundeswehroberstleutnant Dr. Reinhold Klebe befohlenen Blutbad wurden 317 Menschen unterschiedlichen Alters, Männer wie Frauen, des griechischen Dorfes Kommeno getötet, und zwar weil Salminger dort Partisanen gesehen zu haben glaubte. Zeuge August S. bei den Ermittlungen nach dem Krieg: „Was mich furchtbar abgestoßen hat, das war, dass einige Angehörige der 12. Kompanie sich in schändlicher Weise an den Leichen zu schaffen machten.“

Nach Salmingers ungeklärtem Tode wurden als Rache mindestens ein Dutzend Dörfer zerstört und Hunderte Bewohner ermordet. Jetzt wurden Einzelheiten bekannt, wie Gebirgsjäger auch zu Tätern bei den Judendeportationen wurden. Neue Recherchen des Arbeitskreises Angreifbare Traditionspflege ergaben: Am 24. März 1944 begannen Gebirgsjäger-Polizeieinheiten damit, die Juden Athens zum – wie sie sagten – „Arbeitseinsatz“ nach Deutschland zu bringen. Jüdische Gemeindemitglieder wurden von deutschen und griechischen Polizisten aus ihren Wohnungen geholt, mit dabei die Soldaten und Offiziere des Polizei-Gebirgsjäger-Regiments 18, I. Bataillon, unter ihren Kompaniechefs Hauptmann Baier (3. Kompanie) und Hauptmann Reischl (4. Kompanie). Nach neun Tagen, am 2. April 1944, wurden 1.700 Juden auf LKWs zur zentralen Athener Bahnstation Rouf gefahren und von dort aus in Viehwaggons nach Auschwitz und Dachau deportiert. Viele Athener Juden wurden von Chaidari aus



in das Sonderkommando in Auschwitz-Birkenau deportiert. Angehörige der 3. und 4. Kompanie des I. Bataillons des Polizei-Gebirgsjäger-Regiments 18 sowie der Polizei-Gebirgs-Artillerie-Abteilung begleiteten die Deportationszüge nach Auschwitz und Dachau.

In Oberbayern stellen derzeit die VVN-BdA und die Gruppe „Angreifbare Traditionspflege“ – benannt nach dem Spruch des Herrn Stoiber von der „unangreifbaren Traditionspflege“ der Gebirgstruppe – auf Flugblättern die Frage: Wie lange wollen die Mittenwalder noch dulden, dass in ihrer schönen Gemeinde Jahr für Jahr die Mörder der unschuldigen Menschen von Kommeno und zahlreichen weiteren Gemeinden in vielen Ländern Europa seitens Bundeswehr und Wehrmachtsveteranen geehrt werden? Wann werden die Opfer entschädigt und die Täter bestraft? In Mittenwald wird es wieder zu Pfingsten Proteste gegen die Kriegsverbrecherehrungen geben. Einzelheiten unter www.nrw.vvn-bda.de

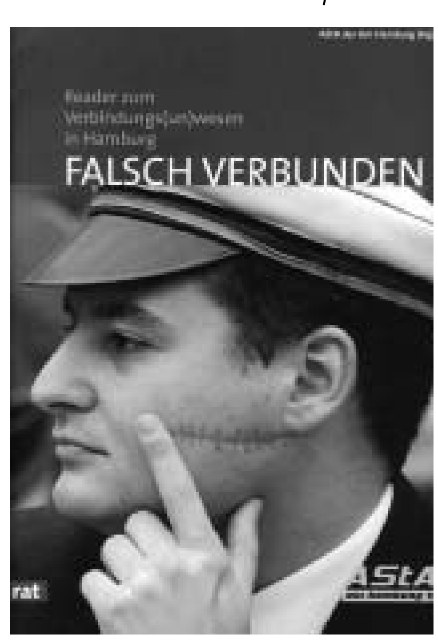
Ulrich Sander

Unter http://www.nrw.vvn-bda.de/texte/0122_mittenwald_2005.htm gibt es Infos für Mittenwald Pfingsten 2005 mit Wiederentwaffnungscamp ab 12. Mai, mit Zeitzeugenforen, Sternmärschen, Infoständen, Kundgebungen von 13. bis 15. Mai 2005. Anmeldungen bei vvn-bdanrw@freenet.de.

→

klage, so ein hinzugezogener Anwalt, hinterfragt lediglich, ob die Beschränkungen im angemessenen Verhältnis zur angenommenen Gefahr stehen. Wird letztere ordentlich hoch gehängt, ist klar, was bei der „Rechung mit zwei Unbekannten“ herauskommt. Da bei anderen Gelegenheiten kein Unicampus mit seinem besonderem Hausrecht um die Ecke ist, sind die Bedingungen für öffentliche Kundgebungen wieder ein bisschen verschoben worden: Willkommen im antifaschistischen Streichelzoo!

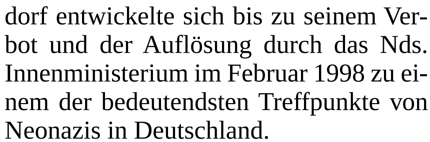
Wolfram Siede



Die Broschüre kann über eine Schutzgebühr von 2 Euro über die reihe antifaschistischer texte (rat), c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 bestellt werden.

8. Mai: Demonstration gegen den Heisenhof

NIEDERSACHSEN. Wie in den Antifa-Nachrichten bereits berichtet hat der „rechtsradikale“ Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Rieger das 2,6 ha große Gelände „Heisenhof“ der ehemaligen Standortverwaltung mit dem früheren Offizierskasino in Döverden im April 2004 für 255 000 Euro für die „Wilhelm-Tietjen-Stiftung für Fertilisation“ erworben. Seit Jahren gilt der wegen Volksverhetzung, Körperverletzung und Verbreitung rassistischen Gedankengutes verurteilte Rieger als einer der führenden deutschen Neonazis mit besten Kontakten zu Alt- und Jungrechten und jeder Menge Geld zur Finanzierung radikaler Umtriebe. Er betätigt sich seit langem als Käufer von Immobilien als Tagungs- und Versammlungszentren, so 1978 bei dem Anwesen in Hetendorf bei Celle, das sich im Besitz des Bundes befand. Hetendorf entwickelte sich bis zu seinem Verbot und der Auflösung durch das Nds. Innenministerium im Februar 1998 zu einem der bedeutendsten Treffpunkte von Neonazis in Deutschland.



Gegen den Erwerb des Heisenhofs wurde das Bündnis für Toleranz und Demokratie 2004 in Dörverden als Arbeitskreis im Forum Zukunft e.V. mit dem Ziel gegründet, die Entstehung eines Nazizentrums auf dem Heisenhof zu verhindern.

Das Bündnis veranstaltet die Dörverdener Sonntagsspaziergänge sowie Informa-tionsveranstaltungen zum Thema Heisenhof. Es versucht, politischen Druck auf die zuständigen Behörden auszuüben, damit alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um dem Nazispuk ein möglichst rasches Ende zu bereiten.

Im Januar 2005 protestieren 2000 Menschen zum 2. Dörverdener Sonntagsspaziergang gegen Rechtsextremismus und für Demokratie und Toleranz. Das Gedenken an den Holocaust anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz sowie der Zwangsarbeiter bei der EIBIA vor Ort standen im Vordergrund der Veranstaltung. Redebeiträge und Musikauswahl des „Posaunenchores Dörverden“ und der Gruppe „Trio Caligari“ appellierten an das Geschichtsbewusstsein, denn die Opfer des NS-Regimes ermahnen, die Neonazis nicht zu unterschätzen.

Im Februar fand ein Gespräch mit dem Jugendpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag mit Vertretern des Bündnisses statt. Es wurden Möglichkeiten der Unterstützung des Widerstandes in Dörverden besprochen.

Zum 8. Mai wird zu einer Antifaschistischen Demonstration gegen den Heisenhof aufgerufen: 13 Uhr, Hassel.

Aus dem Aufruf:

„Im Mai jährt sich zum sechzigsten Mal das offizielle Ende des Nationalsozialismus in Deutschland. Diesen Tag wollen wir als Anlass zu einer Demonstration gegen den Heisenhof nehmen. Der Heisenhof ist heute einer der Sammelpunkte für Neo- und Altnazis in der Region Verden, Bremen, Hamburg und Hannover. Der Heisenhof selber ist Teil eines ehemaligen Bundeswehrgeländes, auf dem vor 1945 die Verwaltung der Munitionsfabrik lag. „Eibia“ war eine über- und unterirdische Fabrik, in der ZwangsarbeiterInnen vor allem aus Osteuropa arbeiten mussten. Die Präsenz von Neonazis auf diesem Gelände ist ein Skandal! ... Aus der Geschichte muss gelernt werden, dass jede und jeder verantwortlich oder zumindest mitverantwortlich ist, für die Welt, in der wir leben. ... Den Nazis müssen wir kulturelle und politische Initiativen entgegen setzten – ihnen darf kein Raum überlassen werden! Sie müssen merken, dass ihre Haltung und ihre Taten unerwünscht sind – dass sie hier kein Land sehen. Aber auch dem alltäglichen Rassismus in der Gesellschaft und Politik muss entschlossen entgegnet werden, seien es Pöbeleien auf der Straße, Stammtischparolen oder Lagerunterbringungen und Abschiebungen von MigrantInnen und Flüchtlingen. Diese Zustände dürfen wir nicht tolerieren, müssen beherzt eingreifen!“

Die Demo wird unterstützt von:

Antifa Verden, Antifa Achim, Kontra-Laden Verden, antifaschistisches Komitee Bremen, Autonome Antifagrupp Bremen, GesamtschülerInnenvertretung Bremen, Autonome Antifa Bremen, afa Bremen, [‘solid] Bremen, Antifa-Cafe Bremen, bremen.antifa.net, Antifa Rotenburg, Autonome Antifas Schaumburg, VVN-BdA Rotenburg-Verden, Antifa 3000 Hannover, Bremer Anti-Atom Forum, Infoladen Daneben, Verdener Bündnis gegen Rechtsextremismus für Demokratie und Toleranz, Rotenburger Bündnis gegen Rechts, Heisenhof dichtmachen! - Kampagne, Antifa Info-Telefon Hamburg, [aaa] autonome antifa aurich, antifaschistisches Plenum & Jugendantifa aktion [jaa] Braunschweig, kickit!, Dörverdener Bündnis gegen Rechts.

Quelle: Text und Bilder www.heisenhof.info ■

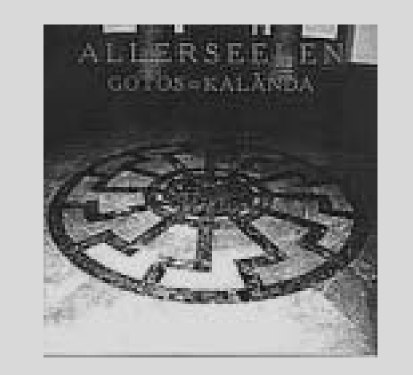
Rosenheim: Infostand der Jusos von Neonazis angegriffen – Sieg Heil“ Rufe am Rossacker

ROSENHEIM 18.4.05. Schauderliches ereignete sich am vergangenen Samstag in der Rosenheimer Innenstadt. In einer Diskothek, die bisher vor allem für subkulturelle Vielfalt bekannt war, traf sich ein merkwürdig zusammengesetztes Publikum, bei dem gewöhnliche „Gruftis“ auf offensichtliche Neonazis und intellektuelle Rechtsextremisten, die aus Österreich, Norddeutschland und sogar Italien angereist waren, trafen. Traurige Höhepunkte des Abends waren ein Angriff auf den genehmigten Infostand der Jusos und „Sieg Heil“ Rufe aus einem Auto mit Rosenheimer Kennzeichen.

Anlass dabei war das Konzert der einschlägig als rechtsextrem bekannten Band „Allerseelen“. Gegen dieses hatte sich im Vorfeld eine ganze Litanei an Organisationen und Personen ausgesprochen, darunter der Vorsitzende der CSU Stadtratsfraktion, Herbert Borrmann, die SPD Bundestagsabgeordnete Angelika Graf, der gesamte Stadtjugendring – vom Trachtenverein bis zur Gewerkschaftsjugend – und der FC Mangfall. Aber auch überregional wurde das geplante Konzert missbilligt, so von den Jusos Oberbayern und der Landes ASten Konferenz, dem bayernweiten Zusammenschluss von Studierendenvertretungen.

„Allerseelen“ und ihr Frontmann Gerhard Petak sind seit etwa 15 Jahren für ihre Affinitäten zum Rechtsextremismus bekannt, welche ihnen auch in einer Broschüre des nordrheinwestälischen Innenministeriums bescheinigt werden. So ver-

weiter Seite 8



Auf dem Cover der Allerseelen CD „Gotos - Kalanda“ ist die sog. „Schwarze Sonne“, ein Marmormosaik aus dem „Obergruppenführersaal“ der SS-Kult- und Schulungsstätte Wewelsburg zu sehen. Der SS diente sie als Symbol für eine nordisch-heidnische Religion. Die Schwarze Sonne kann des weiteren als zwölfarmiges Hakenkreuz oder als ein Rad aus zwölf Sig-Runen gedeutet werden. In heutigen rechtsextremen Kreisen steht sie für die „Verbundenheit mit der eigenen Art und mit den arteigenen Wertvorstellungen“ und erfreut sich bei Rechtsextremen, Neonazis und der Neuen Rechten weiterhin einer hohen Popularität.

http://www.kein-allerseelenkonzert.de.vu/ ■

Staatsfeier in Bergen-Belsen mit Ausgrenzungen

Viele Jahre hat ein Bündnis aus VVN/BdA, Sinti, DGB, Internationales Jugendworkcamp der christlichen und gewerkschaftlichen Landesjugendringverbände und die ehrenamtliche Arbeitsgemeinschaft Bergen-Belsen e.V. die Gedenktage zur Befreiung gestaltet. Jugendverbände haben durch Fundamentausgrabungen und Zeitzeugenarbeit das parkähnliche Gelände um die Anschaulichkeit NS-Verbrechen ergänzt. Staatsvertreter ließen sich gern zu Gedenkreden einladen.

Im 60. Jahr der Befreiung war alles anders. DGB und VVN/BdA machten frühzeitig der Niedersächsischen Landesregierung Vorschläge zur Beteiligung des Bündnisses an der Gestaltung des Gedenktages. Nach Monaten erhielten sie gleichlautende Absagen. Einzige Veranstalter seien Landesregierung und Zentralrat der Juden in Deutschland. RednerInnen seien ausgewählte überlebende KZ-Häftlinge sowie Ministerpräsident Wulff und Paul Spiegel vom Zentralrat. Musikalische Begleitung machte ein Gymnasium-Chor aus Wulffs Heimatstadt Osnabrück. DGB, VVN/BdA und andere wurden als Sponsoren zu einem Empfang am Vorabend in Hannover eingeladen. Immerhin hat die Landesregierung 450 Überlebende aus allen Teilen der Welt geladen.

Bei der Gedenkfeier am Sonntag 17.4.05 wurde die vorausgegangene Ausgrenzung um einiges ergänzt: Erst wurden PDS und DGB mit differenzierter Intensität von Staatsbediensteten aufgeforert ihre Fahnen runterzunehmen. Am Rande der Veranstaltung wurde ein Transparent mit der Aufschrift „Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen" mit Händen gehalten. Landesbedienstete forderten ultimativ und unter Androhung des Platzverweises auf, das Transparent sofort einzurollen. Solche Aktionen seien auf dem Privatgrundstück des ehemaligen Konzentrationslagers nicht gestattet. Eine Person ließ sich gar zur Bemerkung hinreißen, dass sie dafür sorgen werde, dass die VVN nächstes Jahr keinen Infostand vor der Gedenkstätte aufstellen dürfe. Weil kein Name einer Organisation auf dem blauen Transparent stand, wurde es der VVN zugeordnet. Tatsächlich waren ihre Träger Mitglieder des PDS-Landesvorstandes, der das Verbot in einer Pressemitteilung kritisiert. Noch während der Gedenkfeier beschwerten sich Vertreter des Sinti-und-Roma-Verbandes sowie Überlebende der Lager für sowjetische Kriegsgefangene bei DGB-Vertretern, dass sie nicht an der Staatsgedenkfeier beteiligt wurden. Auf den 3 sogenannten Russenfriedhöfen, die zu Bergen-Belsen gehören, starben wie im KZ Zehntausende an Hunger, Seuchen und Mord.

Die Ausgrenzungen am Gedenktag entsprechen der Ausgrenzung in den Gremien der neuen niedersächsischen Gedenkstättenstiftung. Im Spitzengremium der Stiftung haben Vertreter von Landtag und Landesregierung die Mehrheit. Von den Opferverbänden ist einzig der Landesverband jüdischer Gemeinden dabei. VVN/BdA, DGB und andere Organisationen, die verfolgt wurden oder sich landesweit ständig um Gedenkstätten kümmern, bleiben selbst für den Stiftungsbeirat ausgeschlossen.

Im Widerspruch stehen die Ausgrenzungen zur Rede von Paul Spiegel in Bergen-Belsen. Zitat: „Um Rechtsradikalismus ... nachhaltig zu bekämpfen, bedarf es mehr als sporadischer Gesten der Anteilnahme und Verurteilung. Wir brauchen noch mehr Verbündete aus allen Teilen der Gesellschaft, um steten öffentlichen Druck auszuüben und eindeutige Gesten der Solidarisierung seitens der Mehrheitsgesellschaft einzufordern. Wem das übertrieben erscheint, sollte sich klarmachen, dass das Eintreten für Toleranz und friedliches gesellschaftliches Miteinander nicht nur potentiellen Opfern hilft...".

Diese Verbündeten und diese Toleranz ließ die Landesregierung vermissen. Vor 450 angereisten Überlebenden und vor den internationalen Medien will die Regierung den Alleinvertretungsanspruch für die Erinnerung und den Kampf gegen Neonazis erheben.

Gedenken selbst organisiert

Da die Landesregierung ihren Staatsakt in Bergen-Belsen einzig mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland durchführte, lud die Arbeitsgemeinschaft Bergen-Belsen eV unterstützt von DGB und VVN/BdA zur Gedenkfeier am Freitag 15.4.05, dem eigentlichen Jahrestag der Befreiung in Bergen-Belsen, ein. Unter dem Motto „Dialog der Generationen" berichtete Marion Blumenthal-Lazan vor vielen SchülerInnen wie sie als Kind Ausgrenzung und Lager überlebte. Führungen über die Gedenkstätte und zu den Ausgrabungen der Jugendworkcamps fanden statt und am Obelisk sprach noch einmal Marion Blumenthal-Lazan. Die 60 Jugendlichen aus 9 Ländern des diesjährigen Internationalen Jugendworkcamps der christlichen und gewerkschaftlichen Jugendverbände stellten ihre Arbeit in der Gedenkstunde vor. Viele Gespräche mit Überlebenden, Ausgraben der steinernen Zeugen, künstlerische Umsetzung der Lagerrealität und die Beschäftigung mit dem Neofaschismus (Heisenhof, NPD), seinen gesellschaftlichen Hintergründen beinhaltete das neuntägige Programm.

Am 17.4.05 nach dem staatlichen Gedenken luden DGB und VVN/BdA auf den sog. „Russenfriedhof" Belsen-Hörsten. Bis heute werden die zehntausende Toten, zumeist Rotarmisten, der 3 Kriegsgefangenenstammlager am größten westeuropäischen Truppenübungsplatz, in der Öffentlichkeit meist übersehen.

Umrahmt vom beeindruckenden Bläseroktett unter der Leitung von Hermann Bach, wurde die Rede des erkrankten Kurt Julius Goldstein (Ehrenpräsident des internat. Auschwitzkomitees) verlesen. Darin wurde erklärt, wie Rassismus und wirtschaftliche Interessen des NS-Staates zur grausamen Behandlung der sowjetischen Menschen führten. Ausgeführt wurden die heutigen Aufgaben gegen Ausgrenzung, Rassismus und Krieg. Gudrun Ehrhardt vom DGB hat selbst viele Führungen in Bergen-Belsen gemacht. Sie erinnerte an jüngste Nazi-Veranstaltungen in der Umgebung und betonte die Notwendigkeit von Erinnerungsarbeit und aktuellem Antifaschismus.

H-D. Charly Braun (DGB) überbrachte Grüße ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener und von, den inzwischen abgereisten, Jugendworkcamp-Teilnehmenden aus den osteuropäischen Ländern. Während des Internationalen Workcamps hatten die Jugendlichen auf Initiative der Teilnehmenden aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion (Weißrussland, Litauen, Russland) auf dem sog. Russenfriedhof eine eigene eindrucksvolle Gedenkfeier veranstaltet.

ch.b ■

Fortsetzung von Seite 6

tonten sie in der Vergangenheit nicht nur Gedichte des SS-Brigadeführers Karl Maria Willigut – Mitglied inHimmlers persönlichem Stab – sondern setzten gezielt nationalsozialistisch besetzte Symbolik wie die „Schwarze Sonne“ ein. Petak veröffentlichte bereits mehrfach in rechtsextremen Zeitschriften wie der „Jungen Freiheit“ oder den „Staatsbriefen“. Erst vor einem Monat strich Petak in einem Interview mit dem „Obliveon“ wieder seine Bewunderung für den rumänischen Faschisten Corneliu Codreanu und dessen ultranationalistische und antisemitische Organisation „Legion Erzengel Michael“ heraus.

Unbeeindruckt davon wurde das Konzert durchgeführt, was nicht nur politisch Interessierten abwegig erschien, sondern auch bei Teilen der Stammgäste und des Personals des veranstaltenden Clubs für massive Irritationen sorgte. Neben der gewöhnlichen Kundschaft kamen am vergangenem Samstag suspekte Personen in braunen Hemden, „Fans“ in SS-Uniform und Menschen mit auffällig kurzen Haaren. Rechte Skinheads, die auf Industrial und New-Wave Konzerten als absolut untypisch gelten, machten dabei etwa 10% des Publikums aus.

An zwei von Jusos angemeldeten Ständen wurden die Besucher/innen nochmals über den Hintergrund der Band „Allerseelen“ und Gerhard Petaks informiert. Die teilnehmenden Aktivist/innen, darunter auch Junge Grüne, trafen dabei auf eine heterogene Zielgruppe. Einige ließen sich teilweise auf die Argumente der „Allerseelen“-Kritiker/innen ein, andere gaben von vornherein an, nationalistisch, antiamerikanisch oder rechtsextrem eingestellt zu sein. Wiederum andere behaupteten – wie Petak selbst - „nicht rechts“ zu sein, stützten sich in ihrer Argumentation durchgängig auf Persönlichkeiten wie die antisemitische Okkultistin Helena Blavatzky (1831-1891) und die Thule Gesellschaft, aus der später die NSDAP hervorging.

Einige Interessenten an dem schwarzbraunen Spektakel, die keine Karten mehr bekommen hatten, ließen anschließend ihren Aggressionen freien Lauf. Es wurden nicht nur Aktivist/innen beschimpft, sondern ihnen auch die Parole „Sieg Heil“ aus einem Auto entgegengebrüllt. Ein Unbekannter aus einer mehrköpfigen Gruppe warf einen der Infostände um und beleidigte anschließend ein Vorstandsmitglied von „Gesicht zeigen e.V.“.

Die Frage bleibt offen, ob durch ein entschlosseneres Agieren von „Erwachsenen“-Verbänden und Gewerkschaften Rosenheim diese beschämenden Ereignisse erspart geblieben wären. Die Solidarität unter den Jugendverbänden hingegen betrachten die Jusos Rosenheim als vorbildlich.

infogruppe-rosenheim@web.de ■

Neonazis dürfen am 8. Mai in Münchens gute Stube

Ausgerechnet am Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus, dem 8. Mai, dürfen Neonazis auf dem Münchner Marienplatz aufmarschieren. Offensichtlich wurde im Kreisverwaltungsreferat niemand stutzig, als der bekannte NPD-Aktivist Norman Bordin im November vergangenen Jahres zu diesem Datum eine achtstündige Kundgebung zum „Tag der Ehre“ anmeldete.

Als Anfang April mehrere Hundert Neonazis durch München demonstrierten, war Oberbürgermeister Christian Ude noch stolz darauf, dass seine Stadtverwaltung den braunen Marschierern nicht die „gute Stube“ überlassen hatte. Auf dem Marienplatz konnte stattdessen der DGB eine antifaschistische Kundgebung veranstalten.

Ein Verbot der Nazikundgebung am 8. Mai wäre jetzt nur möglich, wenn die Polizei sich außerstande sähe, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu garantieren. Da eine solche Argumentation in der Regel vor Gericht scheitert, wollen Vertreter der Stadt München stattdessen die Neonazis bitten, freiwillig auf den symbolträchtigen Ort zu verzichten.

„Die Münchner müssen die Sache wieder mal selbst in Ordnung bringen. Auf sie war in den letzen Jahren immer Verlass, wenn es darum ging, Neonazis in unsrer Stadt die rote Karte zu zeigen“, kommentiert die linksliberale Abendzeitung die Hilflosigkeit der Stadtverwaltung.

40 Neonazis waren bereits am Montag in München zu einer Gedenkkundgebung für den Altnazi Reinhold Elstner aufmarschiert. Vor 10 Jahren hatte sich der ehemalige Ostfrontkämpfer in der Feldherrenhalle verbrannt, um ein Fanal gegen die angebliche „Verleumdung und Verteufelung des deutschen Volkes“ zu setzten.



Eine „Spezialität“ von Norman Bordin ist die Anti-Antifa-Arbeit. Systematisch wurden so auch am Montag mehrere Dutzend Antifaschisten, die lautstark gegen das unheimliche Spektakel protestierten, abphotographiert. Um an deren Namen und Adressen zu kommen, zeigen die Neonazis am Rande ihrer Kundgebungen immer wieder Antifaschisten wegen angeblicher Beleidigung bei der Polizei an. Einzelne Antifaschisten und Pressevertreter wurden bereits am folgenden Tag namentlich auf der Internetseite des Nationalen Widerstands genannt.

Weil er einen Griechen halb tot geschlagen hatte, verbüßte Bordin bis letztes Jahr eine Haftstrafe. Anschließend rückte er zum Führer der Kameradschaft München auf, deren bisheriger Führer Martin Wiese sich augenblicklich wegen eines mutmaßlich geplanten Sprengstoffanschlags auf das jüdische Zentrum vor Gericht verantworten muss.

Nikolaus Brauns, München ■

Grüne fordern Verbot der Neonazi-Kundgebung

Der Vorsitzende der Stadtratsfraktion Die Grünen – rosa liste, Siegfried Benker: „Schon seit Wochen ist bekannt, dass der bekannte Neonazi Norman Bordin eine Kundgebung auf dem Marienplatz für Sonntag, den 8. Mai 2005 angemeldet hat.

Schon vor Wochen ist die grün-rosa Stadtratsfraktion deshalb mit der Frage an das Kreisverwaltungsreferat herangetreten, ob angesichts des Datums, dem 60. Jahrestag des Kriegsendes, und des Mottos „Tag der Ehre“ aufgrund der neuen Rechtslage nicht ein Verbot dringend geboten ist. ... der 8. Mai wird bundesweit als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und Ende des II. Weltkrieges gefeiert. Wer an einem solchen Tag einen „Tag der Ehre“ ausruft und damit den angeblich ehrenhaften Verteidigungskampf der deutschen Wehrmacht offensichtlich verherrlichen will, der verhöhnt die Opfer des Krieges und des nationalsozialistischen Terrors – besonders die der Widerstandsgruppen, sei es die Weiße Rose, sei es die Freiheitsaktion Bayern. ... Wenn die Kundgebung am 8. Mai auf dem Marienplatz nicht verboten werden kann, werden die Münchnerinnen und Münchner ihr eine eigene Befreiungsfeier entgegensetzen. Schon jetzt haben viele Gruppen – so auch die Grünen – verschiedenste Plätze in der Innenstadt angemeldet. Am 8. Mai wurden die letzten Nazis vertrieben. Die MünchnerInnen werden an diesem Tag den Neonazis nicht den zentralen Platz in München überlassen.“

www.gruene-muenchen-stadtrat.de ■

Frankreich: Die extreme Rechte versucht EU-Referendum als Sprungbrett zu nutzen

Alles, was rechts ist, wird wach: Im Vorfeld des französischen Referendums über den EU-Verfassungsvertrags, das am 29. Mai 05 stattfinden wird, macht auch die nationalistische, rassistische und extreme Rechte aller Schattierungen mobil. Einige Kräfte dieses Spektrums sehen in der Abstimmungskampagne sogar eine Gelegenheit, ihre Organisationen zu neuem Leben zu erwecken oder vor dem bis dahin sicheren Niedergang zu erretten.

Um Missverständnisse auszuschließen: Es ist keineswegs das nationalistische bis rechtsextreme Spektrum allein, das sich an der Debatte um den Verfassungsvertag beteiligt, bei der seit circa einem Monat das „Nein" klar in Führung liegt (derzeit würden 55 Prozent den Vertragstext ablehnen). Und die Gegenstimmen, die dazu aufrufen, bei der Abstimmung mit Nein zu votieren, kommen zahlenmäßig mehrheitlich aus dem linken und gewerkschaftlichen Bereich; der mit Abstand größte Gewerkschaftsverband des Landes (die CGT) beschloss etwa am 2. Februar mit über 82prozentiger Mehrheit, eine „Nein"-Kampagne zu führen. Deren Motive sind völlig anderer Natur als jene der Rechtsextremen. Dennoch ist die Abstimmungskampagne auch für letztere eine günstige Gelegenheit, erneut an das Licht der Öffentlichkeit zu treten. Dabei versucht die extreme Rechte, dem Referendums-Wahlkampf inhaltlich ihren eigenen Stempel zu verpassen. Denn die Themen, an denen sie ihre Ablehnung des Verfassungsvertrags festmacht, sind schwerpunktmäßig andere als die der sonstigen Gegner des Verfassungsvertrags.

Die Frage des türkischen EU-Beitritts: Brennglas für Ressentiments

Vollkommen im Vordergrund steht dabei die Frage eines zukünftigen türkischen EU-Beitritts. Diese Frage steht in Wirklichkeit überhaupt nicht zur Abstimmung, doch lässt sie sich besonders gut instrumentalisieren, um Ressentiments zu entfachen und zu mobilisieren.

Besonders deutlich wird dies beim Mouvement national républicain (MNR, National-republikanische Bewegung) unter Bruno Mégret. Der MNR, der aus der Spaltung des Front National von 1999 hervorging und damals die Mehrzahl der Parteifunktionäre und Intellektuellen mitnahm, ist in der Folgezeit aufgrund schlechter Wahlergebnisse in die Bedeutungslosigkeit abgerutscht. Zur Zeit versucht er, die Aufmerksamkeit während der Abstimmungskampagne zu nutzen, um ein Comeback einzuläuten. Am 18. März stellte Bruno Mégret bei einer Pressekonferenz die Kampagne seiner Partei vor, die unter dem Motto: „Für unser Europa, Nein zur Verfassung, Nein zur Türkei" steht. Der Chef des MNR kritisierte dabei, dass die Verfassung „weder die Grenzen Europas noch seine kulturelle Identität, die auf christlichen Wurzeln beruht" festlege. Am 8. April in Lyon vollzog Mégret jedoch eine Kehrtwende und machte Präsident Chirac das „Angebot", dieser solle sich jetzt verbindlich auf eine Ablehnung des türkischen EU-Beitritts festlegen – und der MNR werde zur Annahme des Verfassungsvertrags aufrufen.

Doch nicht nur die faschismusähnliche extreme Rechte, sondern auch die Nationalkonservativen und rechtsbürgerlichen EU-Skeptiker rund um Graf Philippe de Villiers versuchen derzeit die Debatte um den Verfassungsvertrag weitgehend auf die „Türkei-Frage" zuzuspitzen und zu polarisieren.

Dadurch wurde auf der Rechten ein derartiger Wirbel verursacht, dass auch die konservative Regierungspartei UMP unter ihrem neuen Parteichef Nicolas Sarkozy jetzt in ihrer Abstimmungskampagne explizit das Ja zum Verfassungsvertrag mit einem Nein zur Aufnahme der Türkei verbindet. (Siehe dazu ausführlich: http://www.blaetter-online.de/artikel.php?pr=2012).

Dem entgegen steht jedoch die bisher explizit geäußerte Zustimmung von Staatspräsident Jacques Chirac (UMP) zugunsten eines Beitritts der Türkei. Die nationalistische und extreme Rechte sucht daher dieses künstlich hochgepuschte Thema weiterhin auszuweiden. In seinem Fernsehauftritt vom Donnerstagabend, 14. April ging Präsident Chirac darum sogar ausführlich auf dieses Thema ein und kam den Ressentimentträgern dabei weit entgegen: Einerseits erklärte er, es sei „nicht das Problem, dass die Türkei ein moslemisches Land" ist, und begründete ihre mögliche künftige Aufnahme damit, „dass Europa bevölkerungsreicher und größer" werden müsse. Andererseits empfahl er aber auch „den Türken": „Es liegt an Euch, Europäer zu werden, Euch zu reformieren". Und er setzte ausdrücklich hinzu: „Heute sind die Werte, die Lebensweise und die Funktionsweise der Türkei mit unseren Werten unvereinbar."

Dieser Hinweis auf die „Lebensweise" in dem Land am Bosporus hat eine klar kulturelle Komponente. Und sie hat nichts mit einer (nur zu berechtigten) Kritik an der dort noch immer verbreiteten Folter oder den jüngsten pogromartigen Massenausschreitungen gegen Kurden und Linke in verschiedenen Landesteilen zu tun, nachdem 12-Jährige in der kurdischen Stadt Mersin eine Nationalfahne angezündet hatten. Damit kommt Chirac den chauvinistisch-religiösen Ressentiments weit entgegen.

Der Front National: Sozialdemagogie und Profilierung als „Protestpartei"

Andere Akzente setzt der Front National. Im Unterschied zum MNR, der neben der Nation auch die „europäische Zivilisation" und „regionale Identitäten" positiv besetzt, ist der FN ideologisch weitgehend auf die Verteidigung des klassischen Nationalstaats festgelegt. Und anders als der MNR, der immer wieder – bisher vergeblich – an potenzielle Bündnispartner im konservativen Spektrum anzuknüpfen



versucht, strebt der FN eher nach einer Profilierung als „Protestpartei". So stellt der Front National seine Abstimmungskampagne in das Zeichen des „dreifachen Nein". Das bedeutet erstens: „Nein zur Auflösung der Nationen", also die Ablehnung des supranationalen Prinzips. Dann kommt natürlich: „Nein zur Türkei". Und schließlich „Nein zu Chirac", da der Präsident das Referendum einberuft und verdächtigt wird, es im Falle eines positiven Ausgangs zum Plebiszit zugunsten seiner Führung umdeuten zu wollen.

Die sozialen und wirtschaftlichen Fragen, die ansonsten die Referendumskampagne beherrschen, da die linke und gewerkschaftliche Kritik vor allem das im Verfassungstext festgeschriebene „neoliberale Wirtschaftsmodell" betrifft, spielen bei der extremen Rechten im allgemeinen eine untergeordnete Rolle. Doch darf man ihre Fähigkeit, auch solche konkreten Fragen aufzugreifen und zu seinen Gunsten zu instrumentalisieren, nicht unterschätzen. Bislang führt der FN eine weitgehend auf einzelne Regionen konzentrierte Kampagne, da die Partei derzeit auf nationaler Ebene – wo sich die Frage der Nachfolge Jean-Marie Le Pens stellt – zerstritten und weitgehend handlungsunfähig ist. Auf regionaler Ebene sticht dabei bisher die Kampagne in der Krisenregion Nord-Pas de Calais, dem ehemaligen Kohlerevier nahe der belgischen Grenze, ins Auge. Der FN hat diese von sozialen Problemen geprägte Region seit längerem zum „Labor" für eine auch gesellschaftliche Themen aufgreifende, demagogische Politik erkoren. Hier führt FN-Generalsekretär Carl Lang eine Kampagne, die auch die sozialen und ökonomischen Aspekte einzubinden versucht. So rief Carl Lang

am 4. April in der Regionalhauptstadt Lille dazu auf, eine „Stimme der sozialen Notwehr" abzugeben gegen einen Verfassungsentwurf, der den multinationalen Konzernen nutze und „der Arbeit, dem Mittelstand, dem Handwerk" schade.

Ausblick: Vorsicht vor falschen Freunden!

Wenn sich am 29. Mai eine Mehrheit für die Ablehnung ausspricht, dann wird das keineswegs nur an der extremen Rechten liegen. Sehr viele „Nein"-Stimmen werden aus ganz anderen Richtungen kommen, und dafür gibt es im Ubrigen gute Gründe. Beispielsweise den Artikel I-41, der eine Militarisierung der EU vorsieht (er schreibt die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten fest, ihre Rüstungsausgaben zu erhöhen) und zudem noch die Union an die NATO ankoppelt. Im wirtschaftlichen Bereich sind die Bestimmungen des Vertragstexts (aus dem dritten Kapitel), die von progressiver Seite angeprangert werden, Legion.

Doch umgekehrt wird die extreme Rechte versuchen, dieses Resultat als ihren Erfolg auszugeben und auf diesem „Verdienst" aufzubauen – zu ihren eigenen Gunsten.

Bereits im Februar 05 (als freilich noch kaum die Vorgeplänkel des Abstimmungskampfs begonnen hatten) wurde eine Umfrage durchgeführt, in der die Wahlbürger erklären sollten, welche politischen Persönlichkeiten in ihren Augen am besten die Ablehnung des Verfassungsvertrags verkörpern. An erster Stelle wurde der sozialdemokratische Ex-Premierminister Laurent Fabius (23 %) genannt, der aber dicht von Jean-Marie Le Pen (21 %) gefolgt wurde. Erst an dritter Stelle folgte der nationalkonservative Rechtskatholik Graf Philippe de Villiers (14 %), der freilich bisher real auf der Rechten am aktivsten gegen die EU-Verfassung gewesen ist. Dabei hatte Le Pen sich in der Öffentlichkeit fast gar nicht zur bevorstehenden Abstimmung geäußert, zumal er im Februar 2005 mehrere Wochen lang im Krankenhaus lag. Aber gegebenenfalls wird er sich sicherlich ohne Zögern auch mit fremden Federn schmücken.

Die konservative Regierung versucht im Übrigen, die Debatte in den letzten Wochen vor der Abstimmung in einer Weise zu kanalisieren, die es quasi erlauben soll, die nationalistisch motivierte Ablehnung von rechts zur einzigen Opposition aufzubauen: In der 14-tägigen offiziellen Referendumskampagne (sozusagen dem „Wahlkampf") vor dem entscheidenden Sonntag im Mai sollen im Fernsehen jeweils vier Parteien für das „Ja" und vier Parteien für das „Nein" zu Wort kommen. Dieselben acht politischen Parteien werden dafür auch eine öffentliche Subvention (800.000 Euro pro Partei) erhalten, um ihr Werbematerial für die Abstimmung zu drucken. Dabei ist aber höchst pikant bzw. brisant, wie die Regierung sich „ihre" Gegner der EU-Verfassung ausgewählt hat. Denn von vier Parteien, die auf diesem Wege offiziell das „Nein" vertreten sollen, sind drei rechts bis rechtsextrem: Der RPF („Sammlung für Frankreich") des ehemaligen Innenministers Charles Pasqua, der MPF („Bewegung für Frankreich") des rechtskatholischen Grafen und Nationalliberalen Philippe de Villiers und der rassistische Front National (FN) von Jean-Marie Le Pen. Nur die vierte Partei kann man als fortschrittlich bezeichnen, die französische KP.

Auf der anderen Seite wird die „Ja"-Kampagne auf alle wichtigen staatstragenden Parteien des Establishments verteilt: die konservative Regierungspartei UMP, die christdemokratische (und mit einem Bein dem Regierungslager angehörende) UDF, die französische Sozialdemokratie und die Grünen. Dabei hatten in den beiden letztgenannten Parteien bei den innerparteilichen Mitglieder-Abstimmungen jeweils bedeutende Minderheiten (42 Prozent bei den „Sozialisten", 41 Prozent bei den Grünen) für das „Nein" zum EU-Verfassungsvertrag votiert. Diese Minderheitsblöcke werden jedoch in der offiziellen Abstimmungskampagne unter den Tisch fallen.

Dabei zwang nichts und niemand die Regierung zu einer solchen Aufteilung. Man hätte im Prinzip zwei unterschiedliche Kriterien festhalten können: Entweder die Frage, ob eine Partei im nationalen Parlament (das nach dem Mehrheitswahlrecht bestimmt wird) vertreten ist oder nicht; oder aber die Wahlergebnisse beim letzten Urnengang, das wären die Europaparlamentswahlen, die noch dazu auch ein „europäisches" Thema betrafen. Nach dem ersten Kriterium wäre jedenfalls der Front National nicht dabei gewesen, denn er ist aufgrund des Mehrheitswahlrechts seit 1993 nicht mehr in der französischen Nationalversammlung vertreten. Im zweiten Falle wäre zumindest der RPF unter dem national-autoritären ehemaligen Innenminister Charles Pasqua herausgefallen: Er erhielt bei den EP-Wahlen am 13. Juni 2004 nur 1,6 Prozent.

In Wirklichkeit hat die Raffarin-Regierung jedoch einen höchst willkürlich erscheinenden Mix beider Kriterien angewendet, so dass sowohl der rechtsextreme FN als auch der nationalkonservative RPF in die offizielle Kampagne aufgenommen werden konnten. (Letztgenannte Partei ist mit 6 Abgeordneten in der Pariser Nationalversammlung vertreten –die aber nicht im Namen des RPF gewählt worden sind, sondern auf Listen der konservativen Einheitspartei UMP, um sich erst später mit ihrem Mandat den rechten EU-Skeptikern unter Pasqua anzuschließen. Insofern würde es nahe liegen, diese parlamentarische Vertretung nicht als solche zu werten.)

Das Resultat des ganzen Vorgang ist jedenfalls, dass das sozial motivierte (und nicht nationalistische) „linke Nein" zur EU-Verfassung im offiziellen Abstimmungskampf allein durch die KP vertreten wird, die aber in einem Drei-zu-Eins-Verhältnis durch die rechten bis rechtsextremen Vertragsgegner übertönt werden wird. Die französische KP hat nun ihrerseits ihre Absicht erklärt, von ihren 10 Minuten Fernsehwahlkampf immerhin 6 Minuten an andere linke Gegner des Verfassungsvertrags – von den undogmatischen Trotzkisten bis zur sozialdemokratischen Parteilinken – abzutreten. Dadurch soll der Fernseh-Abstimmungskampf dann doch noch etwas pluralistischer ausfallen.

Deswegen gilt es, einerseits nicht die falsche Alternative, welche die konservative Regierung aufbauen will („Entweder seid Ihr für den Verfassungsvertrag, oder Ihr müsst auf der Seite Le Pens stehen") zu akzeptieren und sich darin einschließen zu lassen. Die Raffarin-Regierung versucht, Le Pen als Schreckgespenst für ihre Zwecke zu instrumentalisieren – und droht ihm dabei nochmals eine Bedeutung zu verleihen, die er in jüngster Zeit (aufgrund seines nunmehr vorrückenden Alters und der Zerstrittenheit in der Parteiführung über seine Nachfolge) gar nicht mehr hatte. Andererseits darf auf keinen Fall das Risiko, das die extreme Rechte noch immer für Demokratie und Aufklärung darstellt, sträflich unterschätzt werden.

Bernhard Schmid (Paris) ■


Aufruf zur 1. Mai-Demonstration auf der Website des FN

Le Pen am 1. Mai: Hauptstoß gegen „die Türkei in Europa"

Wie alljährlich seit 1988, marschierte auch in diesem Jahr der rechtsextreme Front National am Vormittag des 1. Mai in Paris auf, wie immer zu Ehren der „Nationalheiligen" Jeanne d'Arc (der so genannten Jungfrau von Orléans, die im 15. Jahrhundert die Engländer aus dem Land trieb und dem hundertjährigen Krieg dadurch eine Wendung gab). In diesem

Jahr stand die inhaltliche Ausrichtung der Parade, die jeweils einen thematischen Schwerpunkt hat und mit einer gut einstündigen Rede von Jean-Marie Le Pen vor der Pariser Oper abgeschlossen wird, natürlich im Zeichen des Referendums über den EU-Verfassungsvertrag. Entsprechend trug die riesige Graphik, die wie jedes Mal das Operngebäude bedeckte und hinter der Rednertribüne aufgehängt war, in diesem Jahr die Aufschrift: „Jeanne, diejenige, die NEIN sagte“. Das sollte eine Parallele zwischen dem Nein zur damaligen Besetzung Frankreichs im hundertjährigen Krieg und dem heutigen Nein zum EU-Verfassungsvertrag nahe legen. Im Vorfeld hatte Le Pen in der Öffentlichkeit und im Fernsehen die Behauptung verbreitet, dabei werde es sich um „die größte Veranstaltung der Gegner des Verfassungsvertrags“ handeln. Das war genauso Mumpitz, wie es in mehreren Vorjahren seine Behauptung war, die Teilnehmerzahl an dem rechtsextremen Aufmarsch werde jene an der nachmittäglichen Demo von Gewerkschaften und Linken überflügeln. Das hat noch nie funktioniert, letztere blieben stets zahlenmäßig bei weitem in der Überzahl. So auch in diesem Jahr.

An der Jeanne d’Arc-Parade nahmen rund 3.000 Personen teil, das waren noch weniger als in den Vorjahren: Nach der Parteispaltung von 1999 brachte der FN jeweils rund 3.500 bis 4.000 Anhänger auf die Straße, und damit halb so viel wie in den neunziger Jahren. (Eine Ausnahme bildete 2002, wo aufgrund der Präsidentschaftswahl kostenlose Busse für Anhänger zur Verfügung gestellt worden waren und die Teilnehmerzahl an die 10.000 heran reichte.) Die Rechtsextremen marschierten nach regionalen Parteisektionen sortiert auf. Dabei fiel auf, dass viele regionale Sektionen des FN mit weniger Teilnehmern präsent waren, als sie in ihren Reihen an Mandatsträgern (vor allem Kommunalparlamentarier) zählen.

Zum Vergleich: Am Nachmittag demonstrierten 15.000 Leute auf der gewerkschaftlichen Demo, wo allerdings die Mobilisierung in diesem Jahr ebenfalls unterdurchschnittlich bzw. relativ schwach ausfiel. Dort war das (nicht nationalistische!) „Nein“ zur EU-Verfassung äußerst präsent, auch wenn es nicht im offiziellen 1. Mai-Aufruf stand.

Die Mobilisierungsdynamik der rechtsextremen Partei bleibt nach wie vor schwach, aufgrund der Übergangskrise, die mit dem Herannahen des altersbedingten Ausscheidens von Le Pen (Parteivorsitzender seit der Gründung von 1972) verbunden ist. Die Frage der Nachfolge ist nach wie vor nicht explizit gelöst, auch wenn der langjährige Parteifunktionär Bruno Gollnisch nunmehr ziemlich gute Aussichten haben dürfte. Erstmals trat anlässlich der 1. Mai-Parade die Tochter des Chefs, Marine Le Pen, die ebenfalls Ambitionen auf die Nachfolge an der Parteispitze hat, wieder in der Öffentlichkeit auf. Sie saß neben Bruno Gollnisch auf dem Podium.

Inhaltlich stand bei der rechtsextremen Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags sehr stark die (angebliche) Frage eines EU-Beitritts der Türkei im Vordergrund. Auf zahlreich mitgeführten Plakaten sah man eine russische Puppe mit der Aufschrift „Verfassung“ und den EU-Sternen, die sich öffnete und aus deren Innerem ein bärtiger Türke mit der Aufschrift „Islam“ zum Vorschein kam. Während des Aufmarschs riefen die Anhänger „Islam raus aus Europa“ und „Chirac, Türkei, Hochverrat“, der Jugendblock auch „Terroristen hinrichten, Immigranten raus“.

Jean-Marie Le Pen malte in seiner Rede die Vision eines „überdehnten, der Sowjetunion ähnlichen, kosmopolitischen, von seinen christlichen Wurzeln abgeschnittenen und vom Islam überschwemmten Europa“. Dieses stelle eine „große weiche Qualle, die zu ihrer Verteidigung unfähig ist“, dar. Stattdessen solle ein europäischer Staatenbund souveräner Nationalstaaten angestrebt werden. Ferner tönte er: „Niemand hat das Recht, Frankreich zu veräußern, da es nicht im Besitz der heute auf seinem Boden lebenden Generation steht“, sondern auch den Generationen der Vorfahren und Nachkommen gehöre – ganz im Sinne einer Vision von der Nation als Blutsgemeinschaft.

Neben Le Pen und den höchsten FN-Parteifunktionären saßen auch Vertreter anderer rechtsextremer Parteien aus Europa mit auf dem Podium: Nick Griffin, Chef der britischen BNP (British National Party), Vertreter der beiden italienischen Rechtsoppositionsparteien MSI-Fiamma tricolore und Fuerza Nazionale-Alternativa Sociale, ein Repräsentant der polnischen nationalkatholischen Partei KPN und spanische Franco-Anhänger.

BhS, Paris ■



Ausgrenzen – Abschieben – Totschlagen...
...wollen Rechtsextreme all’ diejenigen, die nicht ins rechte Weltbild passen.

Über einhundert Menschen wurden in Deutschland seit 1990 Opfer von rechtsextrem und rassistisch motivierten Morden.

Statistisch gesehen werden jeden Tag in Deutschland drei rechtsextrem oder rassistisch motivierte Straftaten begangen. Die Opfer sind Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten, Obdachlose, Homosexuelle, ‚linke‘ Jugendliche und Gewerkschafter.

Überall da, wo rechte Parteien gewählt werden, können sich Ungleichheit, Gewalt und Ungerechtigkeit ein Stück Raum erkämpfen. Das wollen wir nicht zulassen. Deshalb müssen möglichst viele Menschen wählen gehen. Rechte Parteien profitieren von den Nichtwählern, weil dadurch ihr prozentualer Stimmenanteil steigt. Deshalb: Wer nicht wählt, wählt rechts!

Wählen gehen! – Gegen Nazis! ***www.dgb-jugend-nrw.de***

Am 22. Mai wird in NRW ein neuer Landtag gewählt. Die DGB-Jugend NRW nutzte die Kundgebungen zum 1. Mai, um das oben dokumentierte Flugblatt zu verteilen. In NRW kandidieren NPD und REP flächendeckend in fast allen Wahlkreisen.

1. Mai: Neonazis blockiert

NÜRNBERG. Aufgrund schikanöser Vorkontrollen der Polizei begann die revolutionäre 1. Mai-Demonstration in Nürnberg mit etwas Verspätung. Unter dem Motto „Kapitalismus abschaffen! Faschismus bekämpfen! – Das alles und noch viel mehr... für die soziale Revolution!“ setzte sich die Demonstration gegen 11.30 Uhr im Nürnberger Stadtteil Gostenhof in Bewegung. Auf der Hälfte



der Strecke reihten sich noch mehrere Hundert AntifaschistInnen in die Demo ein, die einem Aufruf des Nürnberger Bündnisses gegen Rechts gefolgt waren. Insgesamt mögen es knapp 3000 Menschen gewesen sein, die in die Südstadt zogen. In der Südstadt kam es zu ersten Auseinandersetzungen mit der Polizei, als die Demospitze versuchte, weg von der angemeldeten Strecke auf die Nazi-Route zu gelangen. Ihren Abschluss fand die Demo dann im Südstadtpark, wo direkt im Anschluss eine Kundgebung des Bündnisses gegen Rechts begann.

Etwa 50 Fürther GewerkschafterInnen gelang es am Hauptbahnhof auf die Nazi-Route zu kommen, nach kurzer Zeit wuchs die Blockade auf mehr als 500 TeilnehmerInnen aus den unterschiedlichsten Spektren an. Trotz massiven Polizeieinsatzes konnte die Blockade nicht aufgelöst werden. So wurde der Naziaufmarsch schließlich mitten durch den Hauptbahnhof umgeleitet und konnte dadurch doch noch zum Abschlusskundgebungsplatz an der Lorenzkirche gelangen. Auch dort wurden die etwa 250 Nazis von mehreren Tausend AntifaschistInnen empfangen.

Die Nazikundgebung ging im Lärm der GegendemonstrantInnen unter.

www.redside.tk ■

Weimar sagt Nein!

WEIMAR. Am Samstag, dem 28. Mai wollen Thüringer Neonazis auf dem Weimarer Theaterplatz den „4. Thüringentag der Nationalen Jugend“ abhalten. Das Weimarer Bündnis der BürgerInnen gegen Rechtsextremismus (BgR) ruft zu vielfältigen und kreativen Gegenaktionen auf.

Für seine kreativen und ideenreichen Aktionstage und Demonstrationen gegen rechtsextremistische Aufmärsche ist das Weimarer Bündnis der BürgerInnen gegen Rechtsextremismus, kurz BgR, schon seit dem Jahr 2000 überregional bekannt. Immer wieder hat es mit sympathischen Aktionen gezeigt, dass rechtsextreme Parteien oder freie Kameradschaften in Weimar nicht willkommen sind.

Einmal mehr wendet sich das Weimarer Bündnis der BürgerInnen gegen Rechtsextremismus (BgR) nun an die Menschen in Weimar. Denn am Samstag, dem 28. Mai wollen Thüringer Neonazis auf Theaterplatz, mitten in Weimar, den „4. Thüringentag der Nationalen Jugend“ zelebrieren. Vor dem Deutschen Nationaltheater, in dem 1919 die Weimarer Republik ausgerufen wurde, sind an diesem Tag völkisches Geschwätz, Nazi-Musik und nationalistisches Machtgehabe zu erwarten. Deshalb ruft das BgR, ein breites Bündnis von Bürgerinnen und Bürgern aller Altersgruppen mit dem Oberbürgermeister an der Spitze, zu vielfältigen und kreativen Gegenaktionen auf. „Weimar sagt Nein!“, auch wenn die Nazi-Anmeldung vermutlich gerichtsfest und nicht zu verbieten ist.

Am 28. Mai geht es nicht um die direkte Konfrontation mit den rechtsextremen Demonstranten oder der Polizei, schon gar nicht mit Gewalt. Vielmehr ist die Bevölkerung aufgefordert, auf einer Strecke rund um den Theaterplatz durch körperliche Anwesenheit und kreative Ideen ein deutliches, lautes und buntes Zeichen gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, rassistische Gewalt und die Verherrlichung der deutschen NS-Vergangenheit zu setzen. Treffpunkt ist um 12.00 Uhr auf dem Goetheplatz. Unter dem Motto „Wir kreisen das Problem ein“, wird sich ein bunter Demonstrationszug über zentrale Plätze rund um den Theaterplatz durch die Stadt bewegen.

In seinem Aufruf ermuntert das Bürgerbündnis dazu, der organisierten Unmenschlichkeit von Rechtsextremen ein buntes und weltoffenes Weimar entgegenzusetzen. Dazu verpflichtet – kurz nach dem 60. Jahrestag der Befreiung des KZ Buchenwald – das Andenken an die Millionen in deutschen Konzentrationslagern Ermordeten und das Vermächtnis der Überlebenden. Pressesprecherin des BgR: Tanja Brill, Jugend- und Kulturzentrum mon ami. Weitere Informationen:

BgR, c/o Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus bei Radio Lotte Weimar, Internet: www.weimar-zeigt-sich.de. e-mail: bgr-weimar@web.de ■

Aktivitäten des Gedenkstättenvereins Neckarelz

Knapp hundert Besucher wohnten am 2. April 2005 einer Doppelveranstaltung der KZ-Gedenkstätte Neckarelz bei: Zum einen wurden offiziell der Dr.-Werner-Vogl-Weg und die Dr.-Hans-Wey-Brücke über die Elz getauft, zum anderen wurde die Ausstellung „Jacques Barrau: Zeitzeuge, Zeichner, Zivilisationsbiologe“ eröffnet.

Der Mosbacher Oberbürgermeister Gerhard Lauth und die ehemalige Geschichtsstudentin Kattrin Rautnig würdigten in ihren Ansprachen das Wirken der beiden Ärzte: Als Kommunist wurde Dr. Werner Vogl (geboren 1889) 1941 verhaftet und 1944 in die KZ Dachau und Neckarelz eingeliefert. Schon zuvor hatte er sich geweigert, sich von seiner jüdischen Frau scheiden zu lassen. Der Häftlingsarzt trat als Fürsprecher für die kranken und anderen Häftlinge mutig gegenüber der SS auf und richtete die Krankenversorgung im KZ Neckarelz ein, unter anderem dämmte er eine Fleckfieberepidemie ein.

Nach dem Krieg engagierte sich Dr. Vogl in Wiesbaden als Antifaschist, Kriegsgegner und Arzt am Aufbau einer besseren Gesellschaft, weshalb er bald mit dem Staat in Konflikt geriet und in die DDR zog.

Völlig anders kam Dr. Hans Wey (geboren 1903) mit dem KZ Neckarelz in Berührung: Der Neckarelzer Arzt war 1933 der NSDAP beigetreten. 1944 bestimmte die SS ihn zum Lagerarzt. Im direkten Kontakt mit den KZ-Häftlingen änderte er jedoch seine Einstellung gegenüber dem NS-Regime, zeigte Zivilcourage und übernahm Verantwortung.

Nach der Befreiung versicherte Dr. Vogl in einer eidesstattlichen Erklärung: Dr. Wey trat sehr energisch für uns ein. Er beschwerte sich wiederholt über unsere unzureichende Bekleidung, über das Essen und erreichte, dass die Kranken Zulagen und Decken bekamen und uns zur Unterbringung weitere Räume zugewiesen wurden.

Durch die Ausstellung zu Jacques Barrau (1925-1997) in der KZ-Gedenkstätte Neckarelz (geöffnet an den Sonntagen bis zum 15. Mai 2005 jeweils von 15 bis 18 Uhr, Mosbacher Straße 39 im Anbau der Clemens-Brentano-Grundschule) führt ein rotes Seil, an dem Faksimiles von Zeichnungen des französischen Häftlings Jacques Barrau aufgereiht sind. Sie sind die einzigen Bilder, welche der Gedenkstätte aus dem KZ Neckarelz vorliegen und den Häftlingsalltag im Lager und bei der Zwangsarbeit anschaulich und eindrucksvoll festhalten.

Ein weiterer Ausstellungsraum widmet sich der Arbeit Barraus nach dem Krieg. In Neukaledonien forschte er über Nutzpflanzen. Bald gewann er ein kritisches Verhältnis zum französischen Kolonialismus angesichts der Zerstörung kultureller und biologischer Vielfalt und der Ernährungsgrundlagen der einheimischen Bevölkerung. 1994 wurde dem Botanikprofessor in Osaka/Japan der Kosmospreis verliehen. Ein Begleitheft zur Ausstellung und ein deutsch-französisches Buch mit den Bildern Jacques Barraus sind in der Gedenkstätte erhältlich.

Arno Huth ■

Jetzt auf CD-ROM: Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen

12 aktualisierte Auflage – 1993 bis 2004

Die Dokumentation umfasst Todesfälle und Verletzungen bei Grenzüberquerungen; Selbsttötungen, Selbsttötungsversuche und Verletzungen von Flüchtlingen aus Angst und auf der Flucht vor Abschiebungen; Todesfälle und Verletzungen vor und während Abschiebungen. Misshandlungen und Folter nach Abschiebungen. Die Zusammenstellung umfasst auch Brände und Anschläge auf Flüchtlingssammellager. Die beschriebenen über 3800 Einzelschicksale machen deutlich, dass die Chance, in der BRD Schutz und Sicherheit zu finden, gegen Null läuft. Die Lebensbedingungen für Flüchtlinge sind heute brutaler denn je. (siehe auch: www.anti-rar.de).

Zusätzlich zum GESAMT-TEXT der auch in Heftform erscheinenden Chronologie sind auf dieser CD-ROM Einzelthemen herausgegriffen, um das Arbeiten mit dem Inhalt entsprechend der Zielthematik zu erleichtern. Alle Themen liegen in pdf-, rtf- und html-Formaten vor.

EINZEL-THEMEN sind u.a.: Die Grenzen, Abschiebegefängnisse, Selbsttötungen Selbstverletzungen von Flüchtlingen, Misshandlungen bei Abschiebungen, Folter nach Abschiebungen, Kurdische Flüchtlinge, Togoische Flüchtlinge, Minderjährige Flüchtlinge, Getötete und misshandelte Flüchtlinge in Flugzeugen und auf Flughäfen oder durch Betreuungs- oder Bewachungspersonal.

Die CD-ROM kostet 12 Euro (plus 1,60 Euro Porto und Verpackung). Zum gleichen Preis ist das Heft (DIN A4 - 318 Seiten; Ringbindung) erhältlich bei: Antirassistische Initiative e.V. - Yorckstr. 59 - 10965 Berlin Fon 7857281 - Fax 7869984 - eMail: ari-berlin@gmx.de, www.anti-rar.de ■

Falldokumentation 2002/2004 des ADB Köln erschienen



Das AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln von Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. stellt in seiner neu erschienenen Dokumentation 2002/2004 die verschiedenen Gesichter der Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten in Köln dar. Auf der Grundlage eines computergestützten Dokumentationsprogrammes wurden über 160 Beschwerden, die in der Beratung des ADB Köln eingegangen waren, ausgewertet und im 1. Kapitel „Dokumentation & Fallbeispiele“ in statistischer Form und anhand einzelner „Fälle“ dargestellt. Anhand von konkreten „Fällen“ wird das Ausmaß an Ungleichbehandlung sowie der Umgang mit Diskriminierungserfahrungen und Gegenstrategien verdeutlicht.

Was bedeutet Antidiskriminierungsarbeit bzw. -beratung, welche Strategien zur Überwindung von Ungleichbehandlungen werden angewandt, welche Alternativen für deren Vermeidung werden entwickelt, wie trägt ein Antidiskriminierungsgesetz dazu bei? Mit diesen Fragen setzt sich das 2. Kapitel „Hintergrund & Analysen“ auseinander.

Auf Wunsch senden wir gern die Druckversion der Dokumentation zu. Rufen Sie uns unter 0221 - 5101847 an oder mailen Sie an oegg@netcologne.de.

Susanne Laaroussi ■

res publica: Bayern wird zum Lagerland

Bericht der Staatsregierung zu Bayerns „Ausreisezentren“

Bayerns Innenminister Günther Beckstein legte jetzt auf Antrag der Grünen im Bayerischen Landtag einen Bericht über die Zukunft der „bestimmten Gemeinschaftsunterkünfte“ genannten Ausreisezentren und der Zentralen Rückführungsstellen (ZRS) vor. Darin teilt Innenminister Beckstein mit, dass die bayerische Staatsregierung das Konzept der „bestimmten Gemeinschaftsunterkünfte“ aufgeben wird. Flüchtlinge, die zur Ausreise gezwungen werden sollen, in „sog. bestimmte Gemeinschaftsunterkünfte[n] zu konzentrieren, [habe] zu gewissen Akzeptanzproblemen in der jeweiligen Nachbarschaft“ geführt.

Das Abschiebelager in Fürth bleibt von dieser Regelung jedoch unberührt.

Die Abschaffung der Mehrheit der bayerischen Abschiebelager beinhaltet jedoch nicht die überfällige Abkehr von der Strategie, Flüchtlinge zur sog. „freiwilligen“ Ausreise zu nötigen. Die dafür zuständigen ZRS bleiben in vollem Umfang erhalten, die MitarbeiterInnen üben ihren psychischen Druck nur an anderer Stelle aus. Nach dem Bericht aus dem Hause Beckstein sind folgende Änderungen in der Arbeit der ZRS vorgesehen:

Flüchtlinge, die ohne gültige Ausweispapiere in Deutschland um Asyl nachsuchen, durchlaufen nach wie vor das normale Asylverfahren in den zentralen Erstaufnahmeeinrichtungen in München und Zirndorf. Nach spätestens drei Monaten werden sie auf die bayerischen Kommunen verteilt und dort in Unterkünften untergebracht. Doch im Gegensatz zu allen anderen Flüchtlingen bleiben sie dem Zugriff der ZRS ausgesetzt, die für diese Flüchtlinge die Aufgaben einer Ausländerbehörde übernehmen. Die Angestellten der ZRS konzentrieren damit ihre Verhöre nicht mehr nur auf extra ausgewiesene Ausreisezentren, sondern können überall in Bayern mit ihren Befragungen und Verhören psychischen Druck ausüben, um die Betroffenen zur Beschaffung von Heimreisepapieren, zur Ausreise und/oder zum Untertauchen in die Illegalität zu nötigen.

res publica und der Bayerische Flüchtlingsrat sind sehr besorgt über die angekündigten Änderungen. „Zwar ist die Schließung der ‚bestimmte Gemeinschaftsunterkünfte‘ genannten Abschiebelager ein beachtenswerter Erfolg der Proteste gegen die Zermürbung von Flüchtlingen in isolierten Lagern“, kommentiert Alexander Thal, Sprecher der Menschenrechtsorganisation res publica die Schließung der bestimmten Gemeinschaftsunterkünfte. „Doch damit versucht Beckstein lediglich, die Proteste gegen seine inhumane Lagerpolitik zu zerstreuen, indem er sich weigert, die Lager zu benennen, in denen die Zermürbung stattfindet“. Stephan Dünnwald, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats moniert deshalb, dass „Bayern auch weiterhin versuchen wird, Flüchtlinge ohne Papiere durch die Schaffung einer Stimmung der Hoffnungs- und Orientierungslosigkeit zur Aufgabe ihres Vorhabens, Schutz in Deutschland zu suchen, zu zwingen. Zudem bringt er die Wohlfahrtsverbände in große Gewissensnöte. Denn sie weigern sich bisher, in Ausreisezentren, also in der Ausreiseeinrichtung in Fürth und den bestimmten Gemeinschaftsunterkünften, eine psychosoziale Beratung anzubieten. Jetzt werden die Verbände trotzdem vom Innenministerium vereinnahmt“.

Weitere Informationen, insb. den Bericht des Bayerischen Innenministers Günther Beckstein, finden Sie auf der Dokumentationsseite Ausreisezentren unter www.ausreisezentren.de ■

Die Lage der papierlosen Menschen verbessern!

KÖLN. Die Initiative gegen Illegalisierung in Köln hat konkrete Vorschläge für einen Beschluss des Rates der Stadt Köln zur Verbesserung der humanitären Lage von Menschen „ohne Papiere“ entwickelt und die im Rat vertretenen demokratischen Parteien mit Anschreiben vom 18.4. gebeten, die vorgeschlagenen legalisierungsfördernden Maßnahmen aufzugreifen. „Gerade in der letzten Zeit bewegt sich viel in Deutschland. Zahlreiche Initiativen, die sich für den betroffenen Personenkreis einsetzen sowie Veröffentlichungen zum Thema sind bekannt geworden. Die Stadt Köln aber schweigt sich immer noch aus!“ so Claus-Ulrich Prölß vom Förderverein Kölner Flüchtlingsrat e.V.

Die Initiative wandte sich bereits im Oktober 2004 mit einem Appell an die Ratsparteien, um auf die Beispiele der Städte München und Freiburg hinzuweisen, zu einer öffentlichen Debatte über die Lage der sog. Papierlosen in Köln anzuregen und um Vorschläge für die Verbesserung der humanitären Lage illegalisierter Menschen anzubieten. Bewegt hat sich allerdings nichts. Folgende Maßnahmen werden vorgeschlagen:

◗ Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für alle langjährig Geduldeten in Köln

◗ Großzügige Erteilung von Arbeitserlaubnissen für Geduldete in Köln

◗ Selbstverpflichtung der Ordnungs- und Polizeibehörden, illegalisierte Menschen nicht zu observieren, die humanitäre, karitative oder Gesundheitseinrichtungen in Köln aufsuchen

◗ Kommunale Übereinkunft, um öffentliche Stellen von der Pflicht zu entbinden, Illegalisierte dem Ausländeramt zu melden

◗ Gewährleistung der Gesundheitsversorgung für illegalisierte Menschen in Köln

◗ Gewährleistung eines ungehinderten Zugangs von Kindern und Jugendlichen zu Bildungseinrichtungen

◗ Erstellung einer Studie zur humanitären Situation von Illegalisierten in Köln. *PM Kölner Flüchtlingsrat e.V., 20.4.05* ■

Die Initative gegen Illegalisierung ist ein Zusammenschluss von Kölner Appell gegen Rassismus, Kölner Flüchtlingsrat, Netzwerk „kanak attak“, Netzwerk „kein mensch ist illegal“, Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. und Einzelpersonen.



Gegen Sudetendeutsche Tage in Augsburg

Am 14./15. Mai findet in Augsburg der 56. „Sudetendeutsche Tag“ statt. Der Infoladen Augsburg, Contra Real [Ak Antifa], Forum Augsburg und die VVN-BdA Augsburg führen dagegen am 11. Mai um 19.30 Uhr eine Info- und Diskussions-Veranstaltung durch. Hier ihre Einladung zur Teilnahme.

Am Pfingstwochenende findet in Augsburg zum dritten Mal der traditionelle alljährliche „Sudetendeutsche Tag“ statt. Tausende frühere BewohnerInnen der ehemaligen deutschen Ostgebiete und ihre Kinder und Kindeskinder werden an diesem Wochenende in der Stadt unterwegs sein und bei kulturellen und politischen Veranstaltungen im Messezentrum ein großes Wiedersehen feiern.

Nach der militärischen Niederlage des Nationalsozialismus und der Befreiung Deutschlands wurden durch das Potsdamer Abkommen die Außengrenzen Deutschlands neu definiert. Im Zuge dessen wurden die außerhalb der neuen Grenzen lebenden deutschen Bevölkerungsgruppen in die „neue“ BRD umgesiedelt. Dies stellte eine politische Notwendigkeit dar, die sich u.a. daraus ergab, dass die Anhänger- und Mitgliedschaft in nationalsozialistischen Massenorganisationen und der NSDAP innerhalb des deutschen Bevölkerungsteils, die sich auch heute noch „Vertriebene“ nennen, im Vergleich zu anderen „Gauen“ des ehemaligen Reichs eklatant höher war. Eine Anhängerschaft, die für „nicht-arische“ Menschen oft tödliche Folgen hatte – der systematische Einsatz von Kriegsgefangenen, ein besonders aggressiver Drang imperialistischer Ausdehnung nach Osten und dass sudetendeutsche Dörfer und Städte besonders schnell „judenfrei“ waren, sind nur wenige Beispiele hierfür. Bereits kurz nach Kriegsende begannen sich die „Heimatvertriebenen“ politisch zu reorganisieren. Verbunden durch den ideologischen Mythos, kollektives Opfer eines „Vertreibungsterrors“ gewesen zu sein, entstanden aus Gruppierungen wie der „Notgemeinschaft der Ostdeutschen“ und „Treckgemeinschaften von Nachbarn“ im Laufe weniger Jahre politische Massenorganisationen. Diese schlossen sich 1957 zum Bund der Vertriebenen (BdV) zusammen.

Für die geschichtsrevisionistischen Forderungen der sog. Vertriebenen, wie die Wiederherstellung der deutschen Reichsgrenzen oder Entschädigungen für begangenes Unrecht, war dieser Zusammenschluss von großer Bedeutung. Denn ab diesem Zeitpunkt hatten die vorher regional agierenden Verbände wie die Sudetendeutsche Landsmannschaft oder die Landmannschaften Ostpreußen und Schlesien ein gemeinsames Forum, womit sie ihren Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik der Regierungen der BRD wesentlich verstärken konnten.

Mensch könnte meinen, dass sich jetzt, 60 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, die „Vertriebenenfrage“ aufgrund des natürlichen Alterungsprozesses ihrer Mitglieder langsam aber sicher erledigt habe. Leider ist dem nicht so. Denn ein Spezifikum der „Heimatvertriebenen“ ist, dass der Vertriebenenstatus an kommende Generationen vererbt wird.

Dies hat mit dem besonders reaktionären Heimatbegriff der „Vertriebenen“ zu tun. Heimat stellt demnach eine „Synthese aus Verwurzelung, Recht, Freiheit und Kultur dar“, die an die „Jugend, die ja die Heimat als Landschaft nicht kennt“ (Peter-Paul Nahm/ehemaliger Staatssekretär im Bundesvertriebenenministerium) wei-tergegeben werden muss. Verbunden mit einem deutschen Opfermythos stellt der politische Kampfbegriff „Heimat“ das generationenübergreifende ideologische Futter dar, das für die ungebrochene völkische Tradition innerhalb der Vertriebenenverbände verantwortlich ist.

Es wäre politisch verkürzt zu behaupten, das sich hier ein Einfallstor für rechte Organisationen bieten würde, denn rechtsextreme Vereinigungen und Gruppen waren von Anfang an Teil der Vertriebenenverbände. Ein typischer Vetreter einer solchen Organisation stellt der „Witikobund“ dar. Dieser ist zwar innerhalb der Vertriebenenszene und ihrer politischen Führung ein ungeliebtes Kind, eine öffentliche Distanzierung von der rechtsextremen Vereinigung findet jedoch nicht statt. Waren es bis Mitte der 90er Jahre meist konservative PolitikerInnen aus den Reihen der C-Parteien, die sich mit den „Heimatvertriebenen“ verbunden fühlten, bewegt sich seit einigen Jahren auch die Sozialdemokratie auf sie zu und sucht den Dialog.

Welche Auswirkungen dies auf die Politik der Bundesregierung hat und welche Rolle die extreme Rechte innerhalb der Vertriebenenverbände spielt sind Fragen, denen wir in einer Info- und Diskussionsveranstaltung am **Mittwoch, den 11.5.2005 um 19.30 Uhr im Selbstverwalteten Zentrum** (Reitmayrgäßchen 4) auf den Grund gehen wollen. **Als ReferentInnen sprechen Jörg Kronauer (u.a. Jungle World, Antifa Infoblatt) Renate Hennecke (Deutsch-Tschechische Nachrichten).** ■

Neuerscheinungen im Verlag der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt

Broschüre:Andreas Speit: Mythos Kameradschaft - Gruppeninterne Gewalt im neonazistischen Spektrum ISBN: 3-932082; 72 Seiten; Schutzgebühr: 5 Euro

Echten Zusammenhalt und wahre Gemeinschaft: Keine neonazistische Struktur die nicht „Kameradschaft, die mehr als Freundschaft ist“ verspricht. Vor allem die „Freien Kameradschaften“ und die NPD beschwören den „festen Zusammenhalt“. Nur in ihren Reihen könnte ehrliche Kameradschaft gelebt und erlebt werden. Mit dem Versprechen des Erlebens einer „verschworenen Gesinnungsgemeinschaft“ werben Kader gezielt um Jugendliche und junge Erwachsene. „Die erzählen immer, dass Kameradschaft wesentlich mehr als Freundschaft ist“, berichtet ein Aussteiger. „Das war aber nur eine hohle Phrase“, erfuhr nicht nur er.

Noch weitere Aussteiger berichten über das Leben in der rechten Szene und dem Erleben von gruppeninterner Gewalt. Denn wo Gewaltfähigkeit und Gewaltbereitschaft zur Politik und Selbstinszenierung einer Gruppe gehören, bedroht sie nicht nur die ideologisch ausgemachten Feinde. Sie richtet sich auch gegen die eigenen „Kameraden“.

Andreas Speit schildert in der Broschüre ausgewählte „Fälle“ gruppeninterner Gewalt in der rechten Szene: von Misshandlungen, Vergewaltigungen bis hin zu Morden. Ausführlich wird die Konstruktion des „Mythos Kameradschaft“ im Rechtsrock, bei Aktionen und in Magazinen aufgezeigt.

DVD: „Wir erobern die Städte vom Land aus!“ – Portrait einer neonazistischen Keimzelle zwischen Weser und Elbe. DVD-Video; Laufzeit: 40 Minuten; Schutzgebühr 5 Euro

Der Film „Wir erobern die Städte vom Land aus!“ ist das Portrait einer neonazistischen Keimzelle zwischen Weser und Elbe in Niedersachsen. Der besondere Aktionismus dieser rechtsextremistischen Gruppe und ihre Versuche sich im ländlichen Raum zu etablieren, bilden den Hintergrund dieser Dokumentation. Der Film ist Realität und Fiktion zugleich. Tatsächlich geraten Jugendliche ins Visier der braunen Rattenfänger. Die sogenannte Schuloffensive der Neonazis in Verden/Aller ist leider allzu real, ebenso wie das neue Zentrum der Rechtsradikalen in Dörverden. Die Videoaufnahmen sind authentisch und dokumentieren einen kritischen Einblick in die vielfältigen Aktivitäten der rechten Szene. Sven, Protagonist des Filmes, dagegen ist ein fiktiver Neonazi, kurz vor dem Ausstieg aus der Szene. Seine Kommentare setzen sich aus tatsächlichen Aussagen ehemaliger Neonazis zusammen. Eintritt in die Szene, Erlebnisse und Verlauf sind szenetypisch. Gewalt, Bedrohung und Einschüchterung gehören zur neonazistischen Szene auch in Niedersachsen. Um so wichtiger sind die Gegenstrukturen. Engagierte Jugendliche, die sich den Neonazis in den Weg stellen. Sie kommen in dieser Dokumentation ebenso zu Wort wie ein betroffener Schulleiter und die Mutter eines Neonazis.

Der Film eignet sich gut als Grundlage für die Diskussion mit Schülerinnen und Schülern, Auszubildenden und Jugendgruppen über rechtsextremistische Versuche, unter Jugendlichen an Einfluss zu gewinnen.

Beide Neuerscheinungen wurden im Rahmen des Aktionsprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ / entimon - gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. Die DVD und die Broschüre können im Online-Shop der Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt c/o Bildungsvereinigung Arbeit und Leben Niedersachsen e.V. Bohlweg 55 - 38100 Braunschweig Tel.: 0531-12336-42 Fax: 12336-55 auf www.arug.de erworben werden.

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

„Konferenz der Versöhnung“

Eine „Konferenz der Versöhnung zwischen Tschechen und Sudetendeutschen“ fand Mitte April in der tschechischen Hauptstadt statt. Sie wurde durchgeführt vom Kirchenverband Krestanska misijni spolecnost (KMS), dem verschiedene evangelische und evangelikale Glaubensgemeinschaften in der Tschechischen Republik angehören.

An der Konferenz nahmen neben Vertreterinnen und Vertretern der KMS auch der Präsident der Bundesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Werner Nowak, und der Leiter des Büros der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Prag „Sudetendeutsche Botschaft“, Peter Barton, teil. Anwesend war auch der Vize-Präsident der Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien, der Organisation der deutschsprachigen Bürgerinnen und Bürger der Tschechischen Republik.

Wie die Sudetendeutsche Zeitung zufrieden berichtet, sprach auf der Revisionsversammlung auch der tschechische Politikwissenschaftler Emanuel-Mandler. Mandler sei „ein Mann klarer Worte“, lobt das Blatt: „Den ‚Abschub‘ der Sudetendeutschen bezeichnet er als Genozid (Völkermord), und diese Wortwahl vertritt er ebenso mutig in der tschechischen Öffentlichkeit.

„Die Vertreibung war eine ethnische Säuberung“, behauptete Mandler auf der so genannten „Prager Versöhnungskonferenz“: „Das Maß an Haß, das die tschechische Gesellschaft in sich birgt, ist nur deren peinliches Relikt.“

„An die Sudetendeutschen“ lautet der Titel einer Erklärung, in der sich die tschechische Versammlung mit der Anrede „Unsere lieben Landsleute“ an die Umgesiedelten „Bürgerinnen und Bürger Deutschlands“ wendet. „Die schreckliche Wahrheit über die grausame Rache der Nachkriegszeit an der deutschen Bevölkerung von Böhmen, Mähren und Schlesien (...) ist zu uns durchgedrungen“, heißt es in dem Dokument: „Unser Volk hat damals (...) für Sie Konzentrationslager vorbereitet, die mit den nationalsozialistischen vergleichbar waren“.

„Wir wollen uns nicht nur entschuldigen“, heißt es weiter: „wir bitten Sie um Vergebung“.

jk (nach: Sudetendeutsche Zeitung 16/2005) ■

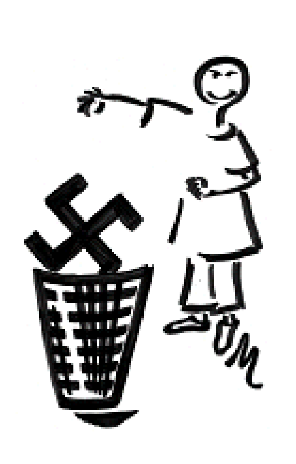
„Kerneuropäischer Wirtschaftsraum“: Alte Parole im neuen Gewand

Nation & Europa April 2005

Auf dem Titelblatt des Aprilheftes von „Nation & Europa“ blickt auf einem grau-braun gehaltenen Hintergrund ein Mann, der vage an Lenin erinnert aber den deutschen Reichskanzler und Außenminister Gustav Stresemann darstellen soll, mit vor der Brust verschränkten Armen den Betrachter skeptisch an. Rechts neben dem Bild ein Zitat des Politikers gegen Parteiverbote: „Ist es nicht vielmehr so, daß wir nur verbieten, was wir durch schlechtes Handeln und durch eigenes Versäumnis hervorgerufen haben?... Machen wir eine Politik für Deutschland, die den Deutschen wirklich nützt, nicht dieser oder jener Gruppe. Deutschland zuerst!“ Darunter für die Begriffsstutzigen unter den Leser(inne)n in Signalrot der Satz um den es der Redaktion geht: „Otto Schily ins Stammbuch“.

Der skeptische Blick Stresemanns scheint in mehrfacher Hinsicht berechtigt: Zum ersten wurde unter seiner Reichskanzlerschaft 1923 die KPD verboten – so viel zum Thema Parteiverbote. Zum zweiten wurde der großbürgerliche Politiker von den Rechtskräften erbittert angegriffen – so viel zum Thema Heuchelei. Und zum dritten ist der Inhalt des vorliegenden N&E-Heftes so öde und langweilig, dass jegliche Skepsis berechtigt ist.

Ein einziger Beitrag verdient wegen seiner strategischen Überlegungen Beachtung: *Rüdiger Schrembs*, der „wie kaum ein zweiter das patriotische Spektrum in Deutschland kennt, hat bei Republikanern und Nationaldemokraten Führungsaufgaben erfüllt und...als Vortragsredner bundesweit im Einsatz“ ist, macht sich Gedanken über ein (wahl-)politisches Erfolgsrezept für die neofaschistischen Parteien. Dabei geht er von den unterschiedlichen Wahlergebnissen in den Ländern der alten Bundesrepublik und den neuen Bundesländern aus, die für die NPD bei 1,9 % in Schleswig-Holstein und 9,2% in Sachsen lagen. Seine Erklärung: „Da die 1989er Revolution unvollendet blieb, ist die Masse der Mitteldeutschen in dem Staat, den man ihnen übergestülpt hat, nicht angekommen. Die Alt-Bundesrepublik ist zu wenig deutsch, dafür zu stark westlich-atlantisch geprägt. Viele der Neubürger sind politisch unbehaust geblieben....



Zunächst wurden die Bonner Blockparteien in Mitteldeutschland akzeptiert, weil man sich eine Wiederholung des westdeutschen Wirtschaftswunders erhoffte. Aber die versprochenen blühenden Landschaften entstanden nur an wenigen Stellen. Statt dessen sorgte die ‚Treuhand‘ als Erfüllungsgehilfin der Westkonzerne für eine deprimierende Industriebrache zwischen Elbe und Oder.“

Dann schildert Schrembs realistisch die geschickte Politik der NPD in Sachsen, u.a. die Zusammenarbeit mit neonazistischen Terrorgruppen: „Da der Bundesvorsitzende seit Mitte der 1990er Jahre zielstrebig die Kooperation mit Gruppierungen junger nationaler Aktivisten ansteuerte und die Partei für diese öffnete, verfügt die NPD heute über ein beachtliches Reservoir an politisch aktivem Nachwuchs... In vielen westdeutschen Regionen ist den Nationaldemokraten die Restrukturierung bislang nicht gelungen...“.

Nach der Beschreibung der Situation folgt die Strategie:

„Patriotischen Parteien haben die Wähler in den letzten Jahrzehnten nur auf einem einzigen Gebiet die Führungsposition zugestanden: bei der Ausländerpolitik. Wurden die Nationalen, gleich unter welchem Firmenschild sie auftraten – DVU, NPD, REP etc. – (soviel zu den angeblichen Unterschieden im braunen Lager - tri) nicht nur protestweise zur Abstrafung der Herrschenden gewählt, so um auf dem Politikfeld ‚Überfremdung‘ Wandel zu schaffen. Der Wähler sieht patriotische Formationen weitgehend als Parteien mit einem zentralen Programmpunkt: Bekämpfung des Asylmißbrauchs, Verhinderung weiterer Masseneinwanderung. Man muß diese einseitige Fixierung auf Dauer überwinden, man kann sie aber auch nach wie vor nutzen... Kulturelle Eigenart und Fortbestand unseres Volkes sind massenhaft bedroht. Dieser Gefahr mit aller Macht entgegenzutreten ist nationale Pflicht der patriotischen Kräfte. Gleichzeitig können sie damit ihre Kampagnenfähigkeit unter Beweis stellen und sich von der Union deutlich abheben (was auf anderen Gebieten offenbar kaum möglich ist – tri). Denn diese wird aus Gründen der ‚political correctness‘ dieses Feld weitgehend meiden.... Hier kann und muß das patriotische Bündnis einspringen“.

Aber Schrembs konstatiert auch politische Schwächen: „Wirtschaftskompetenz wird den nationalen Parteien bislang nicht eingeräumt. Gerade deswegen müssen sie sich in den kommenden Jahren stetig und zäh darum bemühen, den Zusammenhang von Masseneinwanderung und Massenarbeitslosigkeit darzustellen und der irrigen Meinung entgegenzutreten, daß Vollbeschäftigung nicht mehr erreicht werden kann.... Durch den Einsatz bewährter volkswirtschaftlicher Instrumentarien... und durch die Schaffung eines geschlossenen kerneuropäischen Wirtschaftsraumes sind wirtschaftlicher Neubeginn und Vollbeschäftigung möglich“.

„Kerneuropäischer Wirtschaftsraum“: Sehr viel anders haben weder die Nazis noch ihr Vorläufer, der „Alldeutsche Verein“ im Kaiserreich, ihre expansionistischen Ziele ausgedrückt. Das Mittel hieß in beiden Fällen Krieg, der Preis waren Millionen Toter. Die soziale Demagogie der Neofaschisten aufzudecken und ihre Ziele zu entlarven, ist Aufgabe aller antifaschistischen Kräfte. Schrembs Aufsatz macht die Inhalte rechter Politik und damit demokratischer Aufklärung darüber klarer. *tri* ■